Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 75. Donnerstag, den 28. März 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Minimumlohn.

ap. Der gewaltige Kampf der Bergarbeiter in England hat die Aufmerksamkeit auf ihre schon vor vierzehn Tagen an dieser Stelle besprochene Hauptforderung, den Minimumlohn, gelenkt. Als der Minister Asquith nach der starren Weigerung der Südwaliser Bergherren erklärte, er wolle das Prinzip des Minimumlohnes gesetzlich festlegen, wurde das als etwas ganz Neues in der sozialen Gesetzgebung gerühmt. In der Tat, so viele Forderungen der Sozialreform die kämpfende Arbeiterschaft dem Staate bisher stellte, nur ausnahmsweise findet sich dabei etwas über Minimumlohn. Das hatte auch seine guten Gründe. Ein gesetzlich festzulegender Mindestlohn war entweder unmöglich oder zwecklos und ungenügend.

Von einer Sicherung der Existenz kann natürlich unter dem Kapitalismus keine Rede sein; dies zu fordern wäre utopisch. Anderseits ist der Mindestlohn, ohne daß die Gesetzgebung hinzuzukommen braucht, schon in der wirtschaftlichen Tatsache enthalten, daß der Lohn nicht unter das Existenzminimum, wo das Verhungern beginnt, sinken kann, denn dann hört die Arbeit auf. Eine gesetzliche Sicherung dieses Existenzminimums wäre ein überflüssiger Hohn. Als vor einem Jahrhundert in England da und dort der Lohn niedriger sank, wurde er aus der Armenunterstützung ergänzt. Reden wir über Minimallohn, so kann damit nur ein Lohnminium gemeint sein, das erheblich über der nackten Hungergrenze steht. Eine solche Forderung mußte aber theoretisch bedenklich, das heißt praktisch undurchführbar und utopisch erscheinen. Solange der Kapitalismus sich im Aufstieg befand, war die Verringerung des Wertes der Arbeitskraft der leitende Gedanke der bürgerlichen Politik. Förderung von Wissenschaft und Technik, Abschaffung von Zollgesetzen, billige Volkssuppe und kostenlose Volksschule, alles wurde aufgewandt für das eine große Ziel, das man den „Fortschritt“ nannte, die Verbilligung des Lebensunterhalts. Denn durch das Sinken der Unterhaltskosten der Arbeiter mußte der Mehrwert in demselben Maße steigen. Ein gesetzlicher Minimumlohn paßte zu dieser Politik wie ein Block auf den Schienen; er würde dem Streben nach Herabsetzung des Wertes der Arbeitskraft einen künstlichen Damm entgegenstellen, der natürlich doch durch die Gewalt der unvermeidlichen Entwicklung weggeschwemmt werden mußte.

Heute hat die Beweisführung ihre Kraft verloren, weil wir nicht mehr in einer Zeit der sinkenden, sondern der steigenden Preise sind. Ein gesetzlicher Minimumlohn würde nicht mehr mit einer unaufhaltsamen Entwicklung in Konflikt geraten; aber dafür auch den früheren Wert für die Arbeiter einbüßen, da bei steigender Teuerung derselbe Geldlohn einer allmählichen Verschlechterung der Lebenshaltung entspricht. Daß man so selten von dieser Forderung hört, liegt aber vor allem daran, daß die Arbeiterklasse sich andere Organe geschaffen hat, wodurch sie selbst unmittelbar den Lohn mitbestimmen kann.

Die gewerkschaftliche Organisation ist unendlich viel geeigneter, im Interesse der Arbeiter auf den Lohn einzuwirken, als irgend ein Staatsgesetz. Sie kann mit ihrer feinen Berufsgliederung den Lohn den hundertfach verschiedenen Formen und Bedingungen der Arbeit anpassen, sie bildet einen schmiegsamen Organismus, worin das direkte Arbeiterleben pulsiert und treibt, während der schwerfällige, langsame Mechanismus der Gesetzgebung, außerhalb der direkten Berührung des Arbeitsprozesses, nur ein paar allgemeine, abstrakte, gleichsam leblose Formeln geben kann. Jeder Tarifvertrag enthält vor allem Bestimmungen über den Lohn, nicht über eine untere Grenze, sondern über den zu zahlenden Lohn selbst, den Normallohn, könnte man sagen; und nur soweit kann er als Minimumlohn gelten, als es dem Unternehmer unbenommen bleibt, mehr zu zahlen. Solche Lohnsätze, wie sie in den Tarifverträgen vereinbart werden, würde man nie und nimmer in einem Gesetz zugestanden bekommen. Zwar fehlt ihnen die gesetzliche Sicherung; aber ihre Sicherheit liegt in der Macht und der Kampfbereitschaft der Organisation, die zu ihrer Verteidigung bereit steht; und das ist im Grund noch mehr wert.

Wo die Gewerkschaft stark ist, ist also ein gesetzlicher Minimumlohn überflüssig. Nur dort ist er am Platze, wo die besonderen Verhältnisse der Arbeit eine Erkämpfung anständiger Löhne aus eigener Kraft unmöglich machen. Das ist zum Beispiel bei der Heimarbeit der Fall, wo überdies durch die besondere Entlohnungsformen, durch Akkordlohn, durch Abzüge, durch Schikanen aller Art die Arbeiter nicht einmal wissen, worauf sie rechnen können. Für diese am tiefsten gedrückten und versklavten Opfer raffiniertester Ausbeutung, die sogar das Mitleid bürgerlicher Kreise erregen, ist die Hilfe der Gesetzgebung in der Gestalt einer Regelung der Mindestlöhne nur allzu sehr am Platze.

Damit hat der Minimumlohn, der jetzt in dem Bergarbeiterstreik in England eine Rolle spielt, nichts gemein. Denn hier haben wir es mit einer der mächtigsten Gewerkschaftsorganisationen zu tun; sie hat die Forderung auch nicht dem Staate, sondern den Unternehmern gestellt. Daß der Minimallohn hier in den Forderungen der Gewerkschaft eine Rolle spielt, läßt sich nur aus der allgemeinen Lohnpolitik der englischen Bergarbeiter erklären. Vielfach, und namentlich in Südwales, vereinbarten sie gleitende Lohnskalen, als sei der Arbeiter Teilhaber des Geschäfts, dessen Lohn mit dem Geschäftsgang auf und ab gehen muß. Da bei dieser Methode der Lohn unterhalb des notwendigen Lebensunterhalts sinken kann, liegt die Korrektur durch eine Mindestlohnklausel auf der Haud, unter Verhältnisse, wobei in der Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften kein Platz für sie ist.

Aber der Minimumlohn hat noch einen anderen Grund, der auch für uns eine Bedeutung besitzt. Auch hier kommen Lohnformen vor, wobei der Arbeiter nie seines Lebensunterhaltes sicher ist; der deutsche Bergbau ist geradezu dadurch berüchtigt. Statt eines festen Stunden- oder Wochenlohnes wird nach dem Ertrage bezahlt; für Hilfsstoffe werden Abzüge gemacht, ebenso für steinige Kohle (das schikanöse „Nullen“ der Wagen); die Bauarbeiten zur Sicherung der Gänge und die Ausfüllung der Höhlen werden nicht bezahlt und müssen doch gemacht werden, soll nicht das Leben in höchste Gefahr kommen. Hier wäre ein Minimumlohn, der wenigstens den Lebensunterhalt sichert, eine gerechte und notwendige Forderung, um ein solches Lohnsystem erträglich zu machen. Jeder Kapitalist muß doch anerkennen, daß der Arbeiter einen Anspruch auf seinen Lebensunterhalt, auf Vergütung seiner Arbeitskraft hat. Weshalb sträuben die Unternehmer sich dagegen und halten dieses erbitternde Lohnsystem aufrecht?

Die Ursache liegt auf der Hand. Dieses Lohnsystem, wobei der Arbeiter nie weiß, ob er einen ausreichenden Lohn bekommt, treibt sie zu der äußersten Eile und zur Anstrengung aller Kräfte, sogar unter Vernachlässigung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen. Es ist ein raffiniertes System, die Intensität der Arbeit über jede Grenze zu steigern, jeden Tropfen Arbeitskraft aus dem ermüdeten Körper zu pressen. Auch in vielen Fabriken gewinnt dieses System als amerikanischer „wissenschaftlicher“ Fabrikbetrieb immer mehr Feld und bringt die Arbeiter zur Verzweiflung. Hier wäre, solange man solche Lohnsysteme nicht beseitigen kann, der Minimumlohn als Ergänzung nötig, um wenigstens die nervenzerrüttende, aufreibende Sorge für den minimalen Lebensunterhalt zu beseitigen.

Aber das wollen die Kapitalisten eben nicht. Aus Anlaß der englischen Forderungen reden ihre Blätter im Sensationsstil schon von der Faulenzerei, die unter dem Minimumlohn einreißen und den ganzen Profit aufheben würde. Sie reden im tugendhaften Geschäftsstil davon, daß Pflichten und Rechte zusammengehören und vom Minimumlohn nur bei bei einer Minimumleistung die Rede sein kann. Die Wahrheit ist, daß die Unternehmer das wertvolle Pressionsmittel nicht aus der Hand geben wollen, wodurch sie alle Kraft aus den Arbeiterkörpern bis aufs Mark herauspressen können. Die Nervenzerrüttung und die quälende Sorge dürfen nicht aufgehoben werden, da nur sie die höchste Steigerung der Arbeitsleistung verbürgen.

Unter diesen Umständen widerspricht die Forderung des Minimumlohnes keinem einzigen ökonomischen Gesetz. Sie bringt umgekehrt das Gesetz, daß der Arbeiter Anspruch auf den Wert seiner Arbeitskraft hat, ohne mehr als seine Arbeitskraft selbst abzugeben, erst einigermaßen zur Geltung. Aber es verletzt ein wichtiges kapitalistisches Interesse; daher kann nur ein Machtkampf darüber entscheiden. Nur die Aufbietung der ganzen Organisationskraft des Proletariats wird imstande sein, die raffinierten Methoden kapitalistischer Habsucht einzudämmen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Postetat.

Genosse Wendel wollte sich gestern — in seiner sehr beachteten „Jungfernrede“ — wundern, daß die Gebiete des Reichspostamts die frische Zugluft des Weltverkehrs gar nicht spüren. In der Tat ist man diesen Bureaukratismus schon gewohnt, der in keiner Verwaltung so mächtig ist, wie gerade im Reich freiester internationaler Beziehungen! So war es — wie Genosse Wendel hervorhob — vor Podbielski, und so ist es jetzt noch. Und wie in jedem Jahr, so muß auch diesmal die Sozialdemokratie gegen einen Staatssekretär kämpfen, der immer wieder mit demselben unerschütterlichen Gleichmut dieselben Grundsätze eines unantastbaren Verwaltungs-Absolutismus proklamiert.

So war's auch gestern wieder.

Zuerst wurden — ohne jegliche Diskussion — die Verlängerung des bulgarischen Handelsvertrages und das Etatsnotgesetz in der Fassung der Budgetkommission angenommen. Dann wurde die Generaldebatte des Postetats mit Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Werner (Gießen), Dr. Will und Bruhn wieder aufgenommen, während der Saal immer leerer und leerer wurde.

Die Aufmerksamkeit des Hauses erwarb sich erst unser Genosse Wendel, der mit gutem und ernstem Humor das ganze Kraetke-System einer sehr präzisen und scharfen Kritik unterwarf. Der Staatssekretär und seine zahlreichen Räte, die ihrer Verwaltung nur in bureaukratischer Sachkunde nähergekommen sind, kamen aus dem Erstaunen gar nicht mehr heraus: über Postwesen läßt sich geistreich reden! Ja, auf diesem Gebiet der Verkehrsordnung können sogar lebendige, moderne Anregungen entstehen! Und die Zöpfe wurden geschüttelt. . . .

Mit besonderer Energie wandte sich am Schluß seiner Rede Genosse Wendel der Einrichtung der Ostmarkenzulagen zu, die er zum Entsetzen ängstlicher Gemüter einen Korruptionsfonds nannte.

Was sollte Herr Kraetke gegen diesen Angriff sagen? Er befestigte seinen Zwicker, erhob sich und erklärte mit unnachahmlicher Würde, daß er Sozialdemokraten in seiner Verwaltung nicht dulde. Man kann sich denken, daß auf diese Harmlosigkeit ein lustiges Lachen antwortete. Im übrigen versuchte er eine Attacke gegen unseren Genossen Sachse, die noch im Laufe der zahlreichen persönlichen Bemerkungen mühelos zurückgewiesen wurde.

Der umfangreiche Führer der agrarischen Unentwegten, Herr Dr. Oertel gehört zu den Rednern, die das bekannte „Ohr des Hauses“ haben. Aber heute verließ ihn sogar seine sonst witzige Bonhomie, und es waren allenfalls plumpe Scherze, mit denen er sich helfen wollte. Zeitweise bekam er Anfälle von Entrüstung, und redete sich in ein Pathos hinein, das ihm absolut nicht zur Figur paßt.

Einzelne Wünsche wurden noch vorgebracht von dem Nationalliberalen List aus Eßlingen, und vor allem von dem Fortschrittler Hubrich, der als Leiter des Verbandes mittlerer Postbeamten deren Schmerzen und die Lage der Unterbeamten sachkundig zu schildern wußte. Seine Verteidigung des unangreifbaren Patriotismus seiner früheren Kollegen hat ihm sicherlich den Beifall des Staatssekretärs eingebracht, indessen ist die Frage wohl berechtigt, ob die starke Betonung, mit der er sie vorbrachte, den Forderungen der Postbeamten viel helfen wird.

Nach einigen Bemerkungen des Polen Czarlinski und des Welfen von Scheele wurde die Generaldebatte geschlossen; die Spezialdebatte beginnt heute und soll zu Ende geführt werden, da das Haus in die Osterferien verfällt.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Ein artiges Stück sozialpolitischer Kurpfuscherei will sich das Reichsamt des Innern wieder leisten. Es hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe neu regeln soll, dabei ist aber ein solches Monstrum von Halbheit und Zaghaftigkeit herausgekommen, daß die Handelsangestellten noch nicht die Tinte dafür opfern würden, die das neueste „sozialpolitische Werk“ Delbrücks kostet. Offiziös wird darüber mitgeteilt:

„Der vorläufige, im Reichsamt des Innern aufgestellte Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beläßt es bei dem Verbot der Beschäftigung am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage, macht aber im übrigen für die Beschäftigung an Sonn- und Festtagen zunächst einen Unterschied zwischen den offenen Verkaufsstellen und den Kontoren. Für die ersteren wird die bisher zugelassene Beschäftigungszeit von fünf auf drei Stunden mit der Maßgabe beschränkt, daß die höhere Verwaltungsbehörde für Orte, in denen die Bevölkerung an Sonn- und Festtagen die offenen Verkaufsstehen aufzusuchen genötigt ist, eine Beschäftigung bis zur Dauer von vier Stunden zuläßt. Der Gemeinde oder dem weiteren Kommunalverbande ist aber auch das Recht gewährt worden, die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbezweige auf kürzere Zeit einzuschränken oder ganz zu untersagen. Die auch bisher schon der Polizeibehörde übertragene Vollmacht auf Erweiterung der Beschäftigungszeit bis zu zehn Stun-

ben ist auf jährlich höchstens sechs Sonn- und Festtage beschränkt. In den Kontoren und den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes kann die höhere Verwaltungsbehörde, Gemeinde oder weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zur Dauer von zwei Stunden zulassen. In Betrieben des Handelsgewerbes, die am Sabbat und an jüdischen Feiertagen gänzlich ruhen, dürfen Angestellte jüdischen Glaubens an Sonn- und Festtagen bis zur Dauer von fünf Stunden mit der Maßgabe beschäftigt werden, daß die Geschäftsräume für den allgemeinen Verkehr geschlossen bleiben. Die Vorschriften über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe, die Weisungen des Bundesrats für die Anordnungen der höheren Verwaltungsbehörden und der Polizeibehörden, das Verbot des Gewerbebetriebes in offenen Verkaufsstellen usw. sind im großen ganzen die alten geblieben. Besonders bestimmt ist, daß die Vorschriften des Gesetzes auf die Geschäftsbetriebe der Spediteure, der Versicherungsunternehmer und Versicherungsagenten sowie der Konsumvereine und anderer Vereine, die nach Art des Handelsgewerbes ihre Geschäfte betreiben, entsprechende Anwendung finden. Auf den Verkauf von Arzeneimitteln und Gegenstände der Krankenpflege in Apotheken und den Verkauf von Speisen, Getränken und Genußmitteln in Gast- und Schankwirtschaften zum Genuß auf der Stelle, auf Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten sowie auf das Verkehrsgewerbe findet das Gesetz keine Anwendung. Die Gewerbetreibenden können Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in diesen Gewerben nur zu solchen Arbeiten an Sonn- und Festtagen verpflichten, die nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten.

Es wird der größten Anstrengungen der Handelsangestellten bedürfen, um Regierung und Parlament dahin zu bringen, diesen Entwurf halbwegs brauchbar zu gestalten.

Der Reichstagswahlkampf des Landrats in gerichtlicher Beleuchtung.

Wegen Beleidigung des jetzigen Reichstags-Abgeordneten für Rothenburg-Hoyerswerda, Dr. Hegenscheidt, hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Görlitzer Volksztg." am Montag vor dem Schöffengericht in Görlitz zu verantworten. Durch zwei Notizen, die kurz vor und nach der Hauptwahl erschienen und in denen gesagt war, daß der Landrat Dr. Hegenscheidt mit „unanständigen" und mit „schamlosesten" Mitteln kämpfe und daß er im Wahlkampf sich der „Lüge" bedient habe, soll die Beleidigung erfolgt sein. Die Verhandlung gestaltete sich zu einer völligen Niederlage für den leider nicht anwesenden Landrat. Es wurde nachgewiesen, daß seine Ausdrucksweise der „Volksztg." nichts nachgegeben habe, daß in den landrätlichen Flugblättern Unwahrheiten enthalten sind, und daß der landrätliche Reichstagskandidat bei Anwendung von Zitaten aus sozialdemokratischen Schriften durch Weglassung der entscheidenden Stellen den Sinn der Auslassungen in das Gegenteil zu kehren suchte. Vom Verteidiger unseres angeklagten Genossen wurde hervorgehoben, daß wider besseres Wissen von der Wahrheit abgewichen sei, wenn Dr. Hegenscheidt behauptet habe, „die Sozialdemokratie habe kein Interesse an der Besserstellung der Existenz der Arbeiter". Weiter mußte sich der Herr Landrat sein Doppelspiel vorhalten lassen, das darin bestand, daß er vorgegeben hatte, die Interessen des Hansabundes wie die des Bundes der Landwirte zu vertreten. Wie hier Stimmenfang, mußte er sich weiter noch Beeinflussung der Wähler durch Spendierung von Freibier und Schnaps wenige Tage vor der Wahl nachsagen lassen. Das Ende des grausamen Spiels war, daß unser Genosse, dem der Schutz des § 193 Str. G. B. in vollstem Umfange zugebilligt wurde, seine Freisprechung erzielte.

Bemerkenswert ist noch das Zustandekommen des Prozesses. Als der Verteidiger des Angeklagten bemerkte, daß es im politischen Leben nicht als ehrenhaft angesehen werde, aus Anlaß des politischen Kampfes zum Kadi zu laufen, machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingeleitet habe. Das gab dem Verteidiger Anlaß zu der Bemerkung, daß dann Dr. Hegenscheidt rund heraus hätte erklären müssen, daß er sich nicht beleidigt fühle und einen Strafantrag nicht gestellt wissen wollte.

Gesinnungsschnüffelei.

Die preußischen Landräte haben an die Polizeibehörden in diesen Tagen das folgende Rundschreiben gerichtet:

Vertraulich!

Nach einem Erlasse des Herrn Ministers des Innern sind den Militärbehörden diejenigen ausgehobenen Militärpflichtigen namhaft zu machen, welche

1. bereits eine gewisse Führerrolle in der sozialdemokratischen Partei eingenommen oder
2. eine agitatorische Tätigkeit zur Verbreitung sozialdemokratischer Lehren entfalten, oder
3. durch sonstige Handlungen sich als zielbewußte Vertreter der sozialdemokratischen Lehren betätigt haben.

Es sind hierbei in erster Linie die überzeugten Anhänger und die sogenannten Mitläufer der Sozialdemokratie zu unterscheiden, d. h. Personen, die unter dem terroristischen Drucke der sozialdemokratischen oder von Arbeiterverbänden mit sozialdemokratischer Leitung meist aus wirtschaftlichen Gründen deren Mitgliedschaft erworben, innerlich aber nur in losem Zusammenhange mit der Sozialdemokratie stehen.

Ich ersuche, sich daher über die in dem umseitigen Verzeichnis aufgeführten, beim diesjährigen Musterungsgeschäft für brauchbar befundenen Militärpflichtigen nach Maßgabe der vorstehenden Anordnung bestimmt innerhalb fünf Tagen äußern zu wollen."

Liberale als Bundesgenossen der Agrarier.

Während unsere Genossen in Schwarzburg-Rudolstadt mit vollem Eifer gegen die reaktionäre Regierung und für eine freiheitlichere Entwicklung der Landespolitik kämpfen, schicken die Liberalen des Fürstentums sich an, der Sozialdemokratie bei diesem Kampfe in den Rücken zu fallen. Die Angst vor einer nochmaligen roten Landtagsmajorität hat diese „Volksvertreter" so gepackt, daß sie beabsichtigen, in den zwei Wahlkreisen Stadtilm und Blankenburg mit dem Bund der Landwirte einen Kuhhandel abzuschließen. Beide Parteien sollen sich gegenseitig unterstützen und zwar wollen die Liberalen in Blankenburg dem Agrarier ihre Stimme geben, wenn die Liberalen in Stadtilm dafür die agrarischen Stimmen bekommen. Den Wahlkreis Stadtilm eroberten wir bei der letzten Wahl im ersten Wahlgange mit 9 Stimmen Majorität und die Liberalen hoffen nun, durch ihre Taktik uns den Sitz entreißen zu können. Unsere Genossen im Stadtilmer Kreis werden alles aufbieten, um diesen Kreis bei der kommenden Landtagswahl mit größerer Majorität als bisher zu behaupten, und so das volksverräterische Handeln der sogenannten Liberalen zuschanden zu machen.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus hatte sich zu Beginn seiner Mittwochssitzung zunächst mit einem Antrag aller bürgerlichen Parteien zu befassen. Infolge der späten Einberufung des Landtages ist die rechtzeitige Erledigung des Etats ausgeschlossen und in dem Antrag, der der Budgetkommission überwiesen wurde, wird ein Etatnotparagraph geschaffen. Gen. Hoffmann erklärte, daß unsere Fraktion den Antrag ablehnt, weil die Regierung selbst durch die späte Einberufung des Landtages an dieser Verlegenheit schuld sei und sehen möge, wie sie herauskäme. Dann wurde der Kultusetat weiter beraten, wobei jedoch keine größeren Debatten geführt wurden.

Gen. Liebknecht trat in Übereinstimmung mit allen Parteien für einen Antrag ein, der einen gesetzlichen Naturschutz verlangt, und am Schluß der Sitzung sicherte Gen. Hoffmann den schwarzblauen Herren, die die gegen die Arbeiterjugend gerichtete Rede des Kultusministers in Massen verbreiten wollen, die bereitwillige Mithilfe der Sozialdemokraten an dieser Verbreitung zu.

Aus der Petitionskommission.

Die Erinnerung an die Ermordung des Gymnasiasten Winter in Konitz wurde durch ein Petitum wachgerufen, welches die Wiederaufnahme des Prozesses fordert und gleichzeitig Klage erhebt, daß alle hierauf abzielenden Anträge, gleichviel an wen sie bisher gerichtet wurden, stets von dem Ersten Staatsanwalt in Konitz abgelehnt wurden. Die Petition wurde dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme überwiesen.

Der Deutsche Handelstag, Abteilung für den Kleinhandel, fordert die Unterstellung der Genossenschaften unter das Margarinegesetz, dessen § 4 die Feilhaltung von Butter und Margarine im gleichen Raume verbietet. Zentrum und Konservative traten aus „hygienischen" Gründen und um die Mitglieder der Konsumvereine vor „Übervorteilungen zu schützen" mit Erfolg für die Überweisung der Petition als Material ein, während seitens der Sozialdemokraten auf den agrarischen Charakter des Margarinegesetzes hingewiesen und Übergang zur Tagesordnung beantragt wurde.

Aus dem Herrenhause.

Das Herrenhaus beriet in fast sechsstündiger Sitzung das Gesetz, wodurch die Sparkassen gezwungen werden sollen, 20—30 Proz. ihres Vermögens in mündelsicheren, auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen anzulegen und drei Fünftel hiervon in preußischen oder Reichspapieren. Die Regierung erwartet von diesem Gesetz nicht nur eine größere Sicherstellung der Sparkassen zum Beispiel im Kriegsfalle, wo die Reichsbank die Staatspapiere der Sparkassen beleihen wird, sondern auch eine Hebung des bekanntlich niedrigen Kurses der Staatspapiere. In der langen Debatte sprach auch der frühere Finanzminister und jetzige Oberpräsident, Herr v. Rheinbaben. Er befürwortete die Vorlage und wies öfter darauf hin, daß die Kriegsgefahr in der Zukunft keineswegs überschätzt werden dürfe und gefiel sich auch in der bekannten Reichsverbandsbehauptung, daß das Steigen der Einlagen in den Sparkassen die beste Widerlegung der von den Sozialisten angeblich aufgestellten Verelendungstheorie sei. Natürlich sagte der Oberpräsident nicht, daß die Einleger der Sparkassen nur zum verschwindendsten Teile Arbeiter sind. Schließlich wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. Am Donnerstag wird das Herrenhaus kleinere Vorlagen beraten.

Die Nachwahl in Varel-Jever.

Wie verlautet, soll für den verstorbenen Abgeordneten Träger entweder Dr. Wiemer oder Naumann aufgestellt werden.

Herr v. Kröcher mandatsmüde.

Herr v. Kröcher soll dem „Altmärker" zufolge, falls seine Wahl für ungültig erklärt wird, für den Reichstag nicht mehr kandidieren. Schade!

Der linke Flügel der Nationalliberalen

hat keine Lust, sich stillschweigend von den rechtsliberalen Siegern vom Sonntag an die Wand drücken zu lassen. In der süddeutschen nationalliberalen Presse geht man gar nicht sanft mit den Scharfmachern um, die im Zentralvorstand im Augenblick die Mehrheit haben. Die „Badische Landeszeitung" spricht sich sehr unverblümt aus und erklärt, daß alle Vertuschungsversuche die Sache nur verschlimmern würden und das Organ Bassermanns, der „Mannheimer Generalanzeiger" findet noch kräftigere Worte. Er schreibt:

„Es ist dem rechten Flügel nun doch gelungen, die nationalliberale Partei in eine schwere innere Krisis hineinzutreiben; er hat einen schlimmen Sieg davongetragen und übernimmt eine Verantwortung, deren Wucht er selbst noch schwer und drückend genug empfinden wird. . . . . Genau in dem Augenblick, wo die ganze Lage nach einer starken nationalliberalen Partei förmlich ruft, schwächt der rechte Flügel sie aufs empfindlichste mit einer Frivolität und Grundlosigkeit, die ihresgleichen sucht. Die Vorwürfe, die gegen Bassermann erhoben werden, sind genau so grundlos wie die gegen die nationalliberale Jugend. Die Vorwürfe, die der rechte Flügel gegen die Leitung und die Jungliberalen erhebt, sind genau dieselben vergifteten Waffen, mit denen die extrem-agrarische und die Zentrumspresse die nationalliberale Partei zu sprengen versucht. Mit diesen Waffen kämpfen Nationalliberale gegen ihre Parteileitung!

Dem rechten Flügel sitzt die Überzeugung wohl nicht allzu tief, daß Bassermann und die nationalliberale Jugend allzu nahe an die Sozialdemokratie heranrückte; der letzte und entscheidende Grund ihrer Abneigung ist die starke Betonung des Liberalen und Sozialen, auf die Bassermann auch in Köln besonderen Wert gelegt hat. Der rechte Flügel will die Partei als Honoratiorenpartei festhalten, als Partei der Bourgeoisie, zu der sie entgegen ihrer Grundlage in den 80er und 90er Jahren zu erstarren drohte, Bassermann will ihr die Grundlage der 70er Jahre wiedergeben. War sie damals die Massenpartei des nationalen und liberalen Gedankens, so muß sie in gerader Fortsetzung heute sein eine Partei des liberalen und sozialen Gedankens, die Pflege des letzteren ist heute die Erfüllung unseres nationalen Programms, wie es in den 70er Jahren der liberale Ausbau des Reichshauses gewesen ist."

Die Berliner „Nationalliberale Korresp.", die schon seit über einem Jahre ganz im Sinne des äußersten rechten Flügels redigiert wird, weiß auf diese Stimmen aus nationalliberalem Lager vorläufig nichts zu erwidern. Durch massive Schimpfereien auf das „Berliner Tageblatt" und andere linksliberale Blätter, die sich mit den Differenzen in der nationalliberalen Partei beschäftigen, sucht das parteiamtliche Organ die Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen abzulenken. In einer scheinbaren Berichtigung werden nebensächliche Dinge richtigzustellen versucht. Die Hauptsache, daß die Schiffer-Fuhrmann den Bassermannschen Flügel zurückgedrängt haben, kann auch das Organ nicht bestreiten. Die Auseinandersetzung im nationalliberalen Lager hat mit diesen Vorgängen ja eigentlich erst begonnen. Die bevorstehende jungliberale Tagung und der darauf folgende allgemeine Vertretertag werden den Riß noch offenbarer machen, wenn nicht, was ziemlich wahrscheinlich erscheint, eine offene Spaltung eintritt.

Die im Aussterben begriffene Reichspartei

will in Berlin eine Ortsgruppe errichten. Sie hofft, daß die vielen Bürgerlichen, die sich durch den Zwist der letzten Jahre unter den bürgerlichen Parteien von rechts und links abgestoßen fühlen, in der Reichspartei als der wahren Mittelpartei zusammenfinden werden. — Nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahl sollten die Reichsparteiler etwas bescheidener geworden sein.

Die sächsischen Fuselbrenner stellen Forderungen.

Auch die sächsischen Schnapsbrenner nehmen die Gelegenheit wahr, für die Aufgabe der Branntwein-Liebesgabe eine möglichst hohe Entschädigung herauszuschlagen. Der ständige Ausschuß des sächsischen Landeskulturrats hat die sächsische Staatsregierung um Maßnahmen ersucht, die der heimischen Landwirtschaft, soweit diese am Brennereibetriebe beteiligt ist, den erforderlichen Schutz gewähren, um dieses Gewerbe „vor dem gänzlichen Ruin zu sichern". Für die Kleinbrennerei im Königreich Sachsen bedeutet nach der Ansicht des Landeskulturrats die Beseitigung der Liebesgabe eine schwere Schädigung.

Eine echt agrarische Unverschämtheit: Zu der jahrelang gewährten Liebesgabe soll ihnen auch noch eine Extravergütung gewährt werden!

Das bayerische Zentrum gegen den preußischen Lotterievertrag.

Der Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer hat am Dienstag abend den Lotterievertrag mit Preußen mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Ausschlaggebend war die Erklärung des Zentrumsabgeordneten Speck, der mitteilte, daß der Vertrag in einer Sitzung der Zentrumsfraktion einstimmig abgelehnt worden sei. Das Zentrum fürchte, daß der Vertrag die Finanzhoheit Bayerns gefährde. Man befürwortete die Schaffung einer eigenen bayerischen Staatslotterie und, wenn sich dem Schwierigkeiten entgegensetzen würden, den Anschluß Bayerns an die sächsische Lotterie.

Nach der vom Abgeordneten Speck abgegebenen Erklärung des Zentrums ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Vertrag auch im Plenum ohne weiteres abgelehnt werden wird.

Konservative, seid sparsam!

Den konservativen Wählern scheint es bange zu werden vor all den Ausgaben, denen in nächster Zeit die Konservativen im Reichstage und Landtage zustimmen werden. Im Hauptorgan der ostpreußischen Junker, der „Ostpreußischen Zeitung", schreibt einer der feudalen Leser, auf den absolut regierenden Standpunkt „keinen Mann und keinen Groschen" könne und dürfe sich die konservative Partei niemals stellen, aber Sparsamkeit, äußerste Sparsamkeit solle sie üben am rechten Ort. Diese Bitte gehe namentlich auch an alle ostpreußischen Abgeordneten. Schon seien 405 Kreisschulinspektoren im Hauptamt gefordert — ja, wo solle das Geld eigentlich herkommen? Ob nicht Hauptlehrer in kleineren Bezirken diese Aufsicht mitübernehmen könnten? Bei der Post ziehe man bereits Schaffner zum Schalterdienst heran und hier wäre für Lehrer eine Staffel höher hinauf geschaffen, und mit geringeren Mitteln, auch ohne Universitätsbesuch, was nur Lehrer 2. Klasse schaffe! Denn nicht das Wissen des Technikers mache den Lehrer, sondern das Leben. Ferner werden für Nachaichungsämter 374 Beamte neu gefordert, außerdem 124 neue Ämter. Aber schon jetzt seufzten die kleineren Besitzer im letzten Sommer über die vielen Anforderungen und Strafmandate. Wohin soll das in Zukunft führen? Erbarmen! — Zur Jugendpflege verlange man statt einer nunmehr anderthalb Millionen usw. Der Steuerdruck werde immer schwerer empfunden. Der Artikel schließt mit der Mahnung: Konservative, seid sparsam, sparsam!!!

Die Gelder für die „nationale Jugendpflege", die völlig nutzlos verpulvert werden, fangen also an, den Junkern auf die Nerven zu fallen. Und die anderen Ausgaben werden ebenfalls unangenehm empfunden. — Wie würden die Besitzenden aber erst wettern, wenn sie die Kosten der Unterhaltung des Heeres und der Flotte zu tragen hätten!

England.

Die Annahme der Bill über den Mindestlohn. Im englischen Unterhaus wurde die gestern begonnene Beratung über die Mindestlohnbill bis heute in die frühen Morgenstunden fortgesetzt. Schließlich wurde die dritte Lesung mit 213 gegen 48 Stimmen angenommen. Die Arbeiterpartei hat gegen das Gesetz gestimmt, weil die Regierung es abgelehnt hat, den Minimallohn von fünf Schilling in die Bill mit aufzunehmen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 28. März.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensbök (Inh. Dr. C. Christ) befinden sich in Lohndifferenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen nach dem Stanz- und Emaillierwerk von Karl Thiel und Söhne ist streng fernzuhalten.

Steinwürfe aus dem Glashause. Das Lübecker Amtsblatt behauptet gestern abend, es lägen schwere Anklagen gegen die „sozialdemokratische Streikleitung" im Ruhrgebiet vor, weil diese sich geweigert hätte, dem Dortmunder „General-Anzeiger" täglich Auskünfte über den Umfang des Streikes im Ruhrrevier zu geben. Es wird im Anschluß daran behauptet, daß Tausende deutscher Bergarbeiter, die ihr Wohl und Wehe sozialdemokratischen Führern anvertraut haben, in bewußter Weise irregeführt worden sind. Beweise für solche niederträchtigen Unterstellungen scheinen die „Lübeckischen Anzeigen" nicht als notwendig zu betrachten. Sie schwindeln einfach ihre wenigen Leser an und zählen auf deren Dummheit. Es wäre nur wünschenswert, wenn das Amtsblatt endlich einmal seinen Inserenten und Abonnenten Auskunft über seine Abnehmerzahl erteilen würde. Hernach könnte man sehr gut darüber reden, wer andere Leute irregeführt hat.

Der Mitgliederstand der freien Gewerkschaften Lübecks hat sich nach dem Jahresbericht des Arbeitersekretariats im Jahre 1911 um 1041 erhöht. Nachstehend lassen wir die Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerkschaften folgen. Die eingeklammerten Ziffern geben die Veränderung gegenüber dem Vorjahr an.) Bäcker 160 (+ 44), Bauarbeiter 1067 (— 100), Böttcher 58 (+ 11), Brauerei- und Mühlenarbeiter 315 (+ 21), Buchbinder 99 (+ 39), Buchdrucker 199 (+ 6), Bureauangestellte 63 (+ 11), Dachdecker 46 (+ 1), Eisenbahner 41 (+ 13), Fabrikarbeiter 2953 (+ 143), Fleischer 80 (+ 17), Friseurgehilfen 25 (+ 8), Gastwirtsgehilfen 138 (+ 29), Gemeinde- und Staatsarbeiter 330 (+ 30), Handels- und Transportarbeiter 2534 (+ 620), Handlungsgehilfen 54 (+ 28), Hausangestellte 121 (+ 19), Holzarbeiter 559 (+ 30), Landarbeiter 16 (+ 16), Lagerhalter 17 (+ 3), Lithographen und Steindrucker 106 (+ 8), Maler 188 (+ 22), Maschinisten und Heizer 74 (+ 7), Metallarbeiter 2525 (+ 24), Musiker 41 (+ 3), Schiffszimmerer 42 (— 7), Schmiede 206, Schneider 235 (+ 7), Schuhmacher 61 (+ 12), Steinarbeiter 23 (+ 1), Steinsetzer 86 (— 5), Tabakarbeiter 69 (+ 1), Tapezierer 37 (— 12), Töpfer 44 (+ 2), Zimmerer 245 (— 5), zusammen 12 853 Mitglieder.

Die Straßenbahn nach Schwartau wird am morgigen Freitag nachmittag eröffnet. Heute vormittag fand eine Probefahrt statt, an der die Vertreter der Presse teilnahmen. Die Motor-Wagen sind allerneuester Konstruktion; es sind insgesamt 24 Sitz- und 16 Stehplätze vorhanden. Die Wagen sind mit Luftdruck-, Hand- und elektrischer Bremse versehen. Verschiedene Proben bewiesen, daß alle Bremsen gut funktionieren. Die Schienen sind, soweit es möglich war, nach dem Muster der Eisenbahnschienen gebaut; der Wagen fährt hierauf federleicht. In 23 Minuten gelangte man heute morgen vom Lübecker Marktplatz nach dem Schwartauer Marktplatz. Zu erwähnen ist noch, daß die Wagen im Winter mit elektrischer Heizung versehen sind. Die Fahrt vom Hauptbahnhof Lübeck kostet 15 Pfg. Es ist anzunehmen, daß die Bahn einem langgehegten Bedürfnis der Einwohner von Lübeck sowie Schwartau und Umgegend entspricht.

Neuerungen und Änderungen im Straßenbahnverkehr. Am Freitag nachmittag 4.20 Uhr wird die neue Linie Lübeck-Schwartau dem Verkehr übergeben. Vom hiesigen Marktplatz aus werden um 5 Uhr und 6 Uhr 20 Min. zwei Frühwagen abgelassen, von der entgegengesetzten Richtung um 5 Uhr 26 Minuten und 7 Uhr morgens. Die Elektrische gleitet von 7 Uhr 20 Minuten ab dann regelmäßig alle 20 Minuten über die neue Bahn nach Schwartau, während die Wagen aus Schwartau 7.56, 8.16, 8 36 usw. Lübeck zu rollen. Der letzte Spätwagen geht hier 11.10 Uhr, in Schwartau 11.40 Uhr ab. Die Strecke ist in drei Fahrpreiszonen eingeteilt, für die 10, 15 und 20 Pfg. zu entrichten sind. Besonders zu bemerken ist, daß bei der Schwartauer Linie der Umsteigeverkehr ausgeschlossen ist. Fahrscheinbündel werden sowohl auf der Teil- wie auf der ganzen Strecke ausgegeben. Auch für die neue Linie (12) kosten die Arbeiterfahrkarten für die ganze Woche 1,20 Mk.; sie berechtigen täglich zu viermaliger Fahrt. Neu ist, daß die Einkommensgrenze zum Bezug von Arbeiterkarten im ganzen Straßenbahnnetz von 1200 auf 1500 Mark heraufgesetzt wurde. Schüler bis zu 14 Jahren zahlen für 15 Karten im Bündel nach Schwartau oder zurück 1 Mk. Ab 1. April wird die Linie 7, Forsthalle—Geibelplatz—Bahnhof, durgeführt. Bis zum Geibelplatz kostet die Fahrt nach wie vor 10 Pfg. Später werden auch die Wagen vom Krankenhaus—Israelsdorfer Allee bis zur Forsthalle an Sonntag nachmittagen durchlaufen.

Ferienwanderungen. Man schreibt uns: Im vorigen Jahre wurden in den Ferien Ausflüge veranstaltet, an denen Kinder aus allen hiesigen Schulen teilnehmen konnten. Solche Wanderungen sollen auch in diesem Jahre zur Ausführung kommen. Sie sind für unsere Jugend außerordentlich wertvoll. Die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes fördern sie, wie wohl kaum eine andere Übung. Besonders für die Kinder, die sonst wenig oder gar nicht Gelegenheit haben, aus der Enge ihres Wohngebiets herauszukommen in die freie Natur, sind diese Ausflüge von großem Nutzen. Die hygienischen Vorteile sind durch die ärztlichen Untersuchungen der Ferienwanderer in Dresden und anderen Städten nachgewiesen.

Daß der Wert des Jugendwanderns immer mehr erkannt wird, zeigt die erfreuliche Zahl der teilnehmenden Kinder. Durch die günstigen Erfolge der Lübecker Ferienausflüge 1911 ist die Kommission für Jugendwandern, die sich aus Vertretern des Lübecker Lehrer-Turnvereins, der Turnvereinigung Lübecker Lehrerinnen und der Vereinigung für Jugendfürsorge zusammensetzt, veranlaßt worden, ihre Einrichtung weiter auszubauen.

Die Zahl der Ausflüge ist bedeutend vermehrt. Während im vorigen Jahre nur im Sommer und Herbst Wanderungen unternommen wurden, werden jetzt auch einige in den Oster- und Pfingstferien stattfinden.

Die erweiterte Tätigkeit der Kommission bringt auch eine Vermehrung der Ausgaben mit sich. In dankenswerter Weise hat die Oberschulbehörde der Kommission für Jugendwandern eine Unterstützung zukommen lassen. Der Lübecker Lehrer-Gesangverein veranstaltete anfangs März ein Volksschülerkonzert, dessen überschuß den wandernden Volksschülern und -schülerinnen zugute kommen soll. Es ist erwünscht, daß auch fernerhin die Bestrebungen der Kommission unterstützt werden, damit dieselbe in der Lage ist, allen Kindern die Teilnahme an den Wanderungen zu ermöglichen. Die an die Schüler und Schülerinnen zur Verteilung gekommenen Pläne enthalten eine große Zahl kleiner und größerer Ausflüge.

In den nahen Osterferien werden am 4. April die Knaben nach Schwartau (Seeretzer Moor), die Mädchen nach der Hölle bei Selmsdorf wandern. Am 9. April unternehmen die Knaben einen Ausflug nach der Hölle bei Selmsdorf, die Mädchen eine Tour nach Schwartau (Hohelied). Am 12. April kommt ein Ausflug nach Sarau-Ratzeburg-Farchau zur Ausführung.

In den übrigen Ferien finden neben den Tageswanderungen auch zwei zweitägige Ausflüge nach Hamburg-Helgoland und Friedrichsruh-Vierlande und eine fünftägige Harzreise statt.

Zu den einzelnen Wanderungen werden Karten ausgegeben, die in den Schulen und bei den Herren W. Rein, Mühlenstraße 89, und O. Wessel, Moislinger Allee 4a, zu haben sind. Der Kartenverkauf für die Tagesausflüge schließt vier Tage vorher. — Für einige Osterwanderungen macht sich schon jetzt ein außerordentlich reger Kartenverkauf bemerkbar.

Mögen recht viele Eltern ihre Kinder an den Ausflügen in der schönen Frühlingszeit teilnehmen lassen. Aus der erwachenden Natur werden die Jugendwanderer erquickende Nahrung für Körper und Geist ziehen, ein Gegengewicht gegen die besonders am Schlusse des Schuljahres gesteigerte geistige Arbeit im Hause.

Folgende Warnung erläßt das hiesige Medizinalamt: Wie alljährlich, so ist auch in diesem Frühjahre ein größerer Zuzug von galizischen und anderen ausländischen Saisonarbeitern zu erwarten. Die Befürchtung, daß durch diese vornehmlich in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter die Maul- und Klauenseuche verschleppt werden kann, ist nicht von der Hand zu weisen. Es kann daher den Landwirten, welche derartige Leute beschäftigen wollen, nicht dringend genug empfohlen werden, darauf zu halten, daß die Leute sich beim Zuzug gründlich desinfizieren. Die Desinfektion ist tunlichst in nachstehender Weise auszuführen: 1. Die Leute haben ihren ganzen Körper mit Seifenwasser gründlich abzuwaschen. 2. Kleidungsstücke, Decken, Bettzeug und andere in ihrem Besitze befindlichen leinenen, hanfenen, baumwollenen oder wollenen Gegenstände sind einer Dampfdesinfektion zu unterziehen oder durch Auswaschen in heißem Seifenwasser oder in heißer Lauge zu reinigen. Kleidungs- und Bettstücke, sowie andere Gegenstände, welche auf die angegebene Art nicht behandelt werden können, sind mindestens 3 Tage gründlich zu lüften und dabei möglichst oft auszuklopfen und zu bürsten. 3. Das Schuhwerk und die Geräte der Leute sind mit heißem Seifenwasser oder heißer Lauge abzureiben und demnächst mit Wasser abzuspülen. Auf Antrag der Arbeitgeber sind die Armenanstalt in Lübeck und das Polizeibureau in Travemünde bereit, die Desinfektion der Leute und der in ihrem Besitz befindlichen Gegenstände gegen Zahlung der tarifmäßigen Gebühren vorzunehmen.

5 Proz. Dividende verteilt die Kochsche Schiffswerft für das verflossene Geschäftsjahr, nachdem sie vorher mehrere Jahre mit Unterbilanz gearbeitet hatte. Betont wurde gestern in der Generalversammlung der Aktionäre, daß die Werft bis in 1913 hinein schon jetzt volle Beschäftigung habe.

Tod im Theater. Gestern nachmittag wurde im hiesigen Stadttheater zu Beginn einer Schülervorstellung der Hauptlehrer der 1. St.-Gertrud-Mädchenschule von einem Schlaganfall betroffen und verschied in wenigen Augenblicken.

Konkurseröffnung. über das Vermögen des Tischlermeisters Paul Ertelt in Lübeck, Blanckstraße 18, ist am 26. März 1912, nachmittags 10¼ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Mandatar Grünau in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Der Beginn des Privatmonopols. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten macht bekannt: Vom 1. April d. Js. ab wird der Verkauf der Lübecker Gaskoks auf den Plätzen der Gaswerke eingestellt.

pb. **Diebstähle.** Am 6. ds. Mts. sind an der Untertrave beim Verladen 5 Bündel a 10 Stück gesalzene russische Kalbfelle abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In der Zeit vom 10. bis 25. ds. Mts. ist einer Dame eine in Gold gefaßte Brillantbrosche in Form und Größe eines 2-Mk.-Stückes abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In der Mitte der Brosche befand sich ein größerer Brillant umgeben von acht kleineren Brillanten und acht weißen Perlen.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Am Sonnabend, dem 30. d. M., findet eine Vorstellung zum Besten der Zeppelinfahrten statt. Am Sonntag, dem 31. d. M., verabschiedet sich das jetzige, mit so großem Beifall aufgenommene Programm. Sonntag nachmittag 4 Uhr findet eine große Fremden- und Familienvorstellung zu kleinen Preisen statt. Von Montag ab bis inkl. 6. April bleibt das Theater geschlossen. Vorbestellungen für die Osterfeiertage können bei Sager und Niemeyer gemacht werden. Der Vorverkauf beginnt nächsten Mittwoch.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1) Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 29. März, abends 6—7 Uhr.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Palmsonntag findet eine nochmalige Aufführung des packenden Schauspiels „Glaube und Heimat" von Schönherr statt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Freitag, abends 8 Uhr gelangt Beethovens große Oper „Fidelio" zur nochmaligen Aufführung. — Am Sonnabend kommt Mozarts große Oper „Die Zauberflöte" zur Wiederholung. — Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt als 8. Volks-Vorstellung (jeder Platz 50 Pfg.) Schillers Schauspiel „Die Räuber" zur Aufführung. Die Auslosung der Billetts findet Freitag und Sonnabend von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaterkasse statt.

Hamburg. Ein Schriftsteller als Erpresser. Der Schriftsteller Emil Friedrich Wilhelm Thiele hatte ein Liebesverhältnis mit einer jungen Dame, die dieses auch fortsetzte, nachdem sie einen Lehrer geheiratet hatte und in ihren Briefen an Th., die von leidenschaftlicher Liebe diktiert waren, sogar ihren Mann verhöhnte und verspottete. Th. schrieb unter Verwendung dieser Briefe eine Novelle und verlangte unter der Drohung, er werde die Briefe sonst ihrem Manne und ihrem Vater schicken, 300 Mk. Das hiesige Landgericht verurteilte ihn am 9. Januar zu vier Monaten Gefängnis, das Reichsgericht verwarf heute seine Revision.

Hamburg. Ein schreckliches Familiendrama, das in seinen Einzelheiten noch der Aufklärung bedarf, hat sich am Mittwoch vormittag um 11 Uhr in der im Parterre des Hauses Bremerreihe 15 gelegenen Wohnung des Gastwirts Carl Becker ereignet. B., der in dem Ecke Borgesch und Bremerreihe befindlichen Keller eine Gastwirtschaft betreibt, soll sich seit Montag früh vom Hause ferngehalten haben. Als er am Mittwoch vormittag in seine Wohnung zurückkehrte, legte er sich schlafen. Seine Ehefrau, die die Wirtschaft versorgte, überließ das Lokal einem Angestellten und begab sich mit einem Kessel heißen Wassers und einer Kanne voll Kaffee in die Wohnung. Gleich darauf erfüllten laute Hilferufe das Haus. Das bei Eheleuten B. angestellte Dienstmädchen eilte hinzu und fand den Gastwirt, notdürftig bekleidet, mit schweren Brandwunden bedeckt im Schlafzimmer umherlaufen, während die Frau des Gastwirts bewußtlos auf dem Fußboden des Zimmers lag. Man alarmierte die Polizei, worauf ein Arzt geholt wurde. Letzterer ordnete den Transport des verbrühten Ehemannes ins St. Georger Krankenhaus an. Bei der Frau war jede Hilfe vergeblich. Sie hatte sich mit Kleesalz vergiftet. Die Dosis war so stark, daß der Tod innerhalb weniger Minuten eingetreten ist. Die Kriminalpolizei hat eine Untersuchung eingeleitet. Nach den Angaben des Gastwirts, hat ihm seine Frau beim Eintritt ins Schlafzimmer die Decke vom Bett gerissen und ihm den heißen Inhalt des Kessels, mit dem sie die Wohnung aufgesucht hatte, auf den Leib gegossen, wobei er die Brandwunden erlitt. Die vier Kinder des Ehepaares befanden sich zurzeit des Vorfalls bei in Eimsbüttel wohnenden Verwandten, wo sie von der Mutter hingebracht worden waren. Hieraus glaubt man annehmen zu können, daß die Frau die Tat mit Überlegung ausgeführt hat.

Kiel. Interessantes aus dem Kieler Stadtparlament. Der letzten Sitzung der Kieler Stadtkollegien lag der Antrag des Magistrats vor, die Zahl der Stadtverordneten von 36 auf 48 zu erhöhen. Selbstredend fand der Antrag allgemeine Zustimmung, da bei der bisherigen Anzahl die Tätigkeit der einzelnen Stadtverordneten in den vielen städtischen Kommissionen mehr als lieb ist in Anspruch genommen wird. Es ist übrigens noch gar nicht so lange her, daß nur 24 Stadtverordnete das Kollegium bildeten. Zunächst erfolgte die Vermehrung auf 36. Das sprunghafte Anwachsen der Stadt sowie die erfolgten Eingemeindungen hätten bald eine weitere Vermehrung der Zahl nötig gemacht. Die räumlichen Verhältnisse im alten Rathause ließen das jedoch als unmöglich erscheinen. Nach Fertigstellung des neuen Rathauses aber ist dieses Hindernis in Fortfall gekommen. Wenn nun auch gegen die Vorlage von den Vertretern der Arbeiterschaft irgend welcher Einspruch nicht erhoben wurde, so hielten sie es doch für angebracht, den Magistrat über die neue Bezirkseinteilung, die mit der Vorlage im engsten Zusammenhang steht, zu interpellieren. Der Oberbürgermeister sah sich darauf gezwungen, mit der Antwort herauszurücken, daß die Schaffung von vier Wahlbezirken an Stelle der bestehenden fünf Bezirke beschlossen sei. Die Umgrenzung der Bezirke sei noch nicht endgültig festgelegt. Den gehegten Zweifeln an eine gerechte Einteilung versuchte der Oberbürgermeister dadurch entgegenzutreten, daß er erklärte, der Magistrat habe sich bei der Einteilung von jeder politischen Tendenz ferngehalten und lediglich den Grundsatz der Gerechtigkeit obwalten lassen. Erwähnt mag werden, daß die bürgerliche Majorität bei der Einführung der Bezirkseinteilung überhaupt das Recht der Einteilung aus der Hand gegeben und es dem Magistrat gänzlich überlassen hat, in dieser Hinsicht zu handeln, wie ihm beliebt. — Bei einigen weiteren Punkten der Tagesordnung zeigte sich die ganze Rückständigkeit der bürgerlichen Vertreter. Insbesondere paßte es den Hausagrariern nicht in den Kram, daß einer in Wellingdorf entstandenen Genossenschaft für die Errichtung gesunder, zweckmäßig eingerichteter Wohnungen für Minderbemittelte, einige Erleichterungen bezüglich der Anlegung von Straßen gewährt werden sollten. Sie gaben sich alle erdenkliche Mühe, derartigen Konzessionen an Privatgesellschaften, wie sie es nannten, entgegen zu treten. Die Vorlage gelangte trotzdem schließlich zur Annahme. Wichtig ist noch, daß die Stadtverordneten in die Kommission zur Prüfung der Frage der Einführung der Arbeitslosenversicherung außer drei bürgerlichen Stadtverordneten die Genossen Kappel, Adam und Marten auf Vorschlag der Sozialdemokraten delegierten.

Neustrelitz. Zwei Soldaten ertrunken. Aus Neustrelitz wird gemeldet: Auf dem Zierker See wurde ein Segelboot, in dem der im hiesigen Artillerieregiment dienende Einjährig-Freiwillige Peters-Köln und ein Sohn des Restaurateurs Petersen eine Fahrt unternahmen, von einer heftigen Bö erfaßt und zum Kentern gebracht. Die beiden Insassen sind ertrunken. Ihre Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Aurich. Der Schutzmann als Dieb. In der gestrigen Sitzung der Strafkammer wurde zum zweitenmal gegen den Schutzmann Glauß aus Wilhelmshaven verhandelt wegen zweier im Herbst vorigen Jahres ausgeführter Diebstähle, die bei der Verhandlung am 9. März noch nicht spruchreif waren. Glauß wurde verurteilt zu einer Zusatzstrafe von einem Jahr, sodaß er im ganzen sieben Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat.

Theater und Musik.

„Alt-Heidelberg" heißt ein Schauspiel von Meyer-Förster, das man wohl einmal ertragen kann, aber nicht viel häufiger. Dennoch wurde es gestern abend aufgeführt, um Trude Botz, die mehrere Jahre an unserem städtischen Theater verdienstvoll wirkte, Gelegenheit zu geben, in einer sogenannten Bombenrolle aufzutreten. Leider, denn echte Kunst kann man bei Talm-Aufgaben niemals richtig auf sich wirken lassen. Fräul. Botz war gestern abend eine prächtige Käthie. Wir hätten sie aber lieber als eine wirkliche Künstlerin gesehen. Die übrigen Mitwirkenden taten ihr Bestes, um dem innerlich recht faden Schauspiel zu einem Erfolge zu verhelfen. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 27. März.

1. Klasse 543 Drittel zu 143,47 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 49 „ „ 136.63 Mk. „ „
Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Aus dem Leben des Condors. I.

in Gestalt reizender Frühjahrs-Modelle der Schuhwaren „MARKE CONDOR“ erregt helles Entzücken. Besichtigen Sie die neu dekorierten Schaufenster!

Conrad Tack & Cie., Fabrik der Schuhwaren „Marke Condor“, **Burg b. Magdeburg.**

Neueste Formen :: schwarz und farbig **7⁵⁰ 8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰** für Damen und Herren

Knaben-, Mädchen- u. Kinderstiefel erprobte Qualitäten — schwarz u. farbig in modernen — gesundheitlichen Formen

Unsere Schuhwaren „MARKE CONDOR“ sind in LÜBECK zu den von uns festgesetzten und aufgestempelten Preisen nur zu beziehen durch die Firma:

Mode-Halbschuhe
aparte Modelle in schwarz und farbig
für Damen, Herren und Kinder, **höchst preiswürdig.**

Conrad Tack & Cie., G. m. b. H., Breite Straße 47.

Lübecker Straßenbahn.

Bekanntmachung.

Der Betrieb auf der Linie 12

Lübeck—Schwartau

wird am **Freitag, dem 29. März cr., nachm. 4.20 Uhr** eröffnet.

A. Fahrplan.

Richtung: Lübeck—Schwartau
Ab Markt:
1. Frühwagen 5^{00}
2. Frühwagen 6^{20}

Regelmäßige Fahrten:
7^{20}, 7^{40}, 8^{00}, 8^{20}, 8^{40}, 9^{00}, 9^{20} usw. alle 20 Minuten bis abends 7^{40}.

Spätwagen:
8^{10}, 9^{10}, 10^{10} und 11^{10}.

Richtung: Schwartau—Lübeck
Ab Markt:
1. Frühwagen 5^{36}
2. Frühwagen 7^{00}

Regelmäßige Fahrten:
7^{56}, 8^{16}, 8^{36}, 8^{56}, 9^{16}, 9^{36}, 9^{56} usw. alle 20 Minuten bis abends 8^{16}.

Spätwagen:
8^{40}, 9^{40}, 10^{40}, 11^{40}.

B. Tarif.

Der Fahrpreis beträgt: 10 Pfg. für 3 Zonen
15 Pfg. für 5 Zonen
20 Pfg. für die ganze Strecke.

Die Zonengrenzen befinden sich:
Bahnhof, Schlachthofstraße, Hochstraße, Tremser Weiche, Cleverbrück und Markt Schwartau.

Die Schwartauer Linie ist vom Umsteigeverkehr ausgeschlossen.

Die Lübecker Fahrscheinbündel gelten für diese Linie nicht.

Es werden folgende besondere Fahrscheinbündel und ferner Wochenkarten für Arbeiter ausgegeben.

A. Fahrscheinbündel für Erwachsene:
6 Stück 10-Pfg.-Fahrscheine zum Preise von 55 Pfg.
4 Stück 15-Pfg.-Fahrscheine zum Preise von 55 Pfg.
3 Stück 20-Pfg.-Fahrscheine zum Preise von 55 Pfg.

B. Fahrscheinbündel für Schüler
im Alter von 4—14 Jahren, gültig zum Durchfahren der ganzen Strecke: 15 Stück zum Preise von 1 Mk.

C. Arbeiter-Karten:
Für Arbeiter mit einem Jahreseinkommen bis zu 1500 Mk. Wochenkarten zum Preise von 1.20 Mk.; dieselben berechtigen wochentags zur täglich 4maligen Fahrt auf der ganzen Strecke.

Verkaufsstellen werden noch bekannt gegeben.

Lübeck, den 26. März 1912.

Die Betriebsverwaltung.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12 Große Posten Tilsiter Fettkäse a 20—30 Pfg. Detail-Verkauf auf der Diele.

Lübecker Straßenbahn.

Bekanntmachung.

Die Beförderungsbedingungen der Lübecker Straßenbahn vom 25. Januar 1911 erhalten folgende Zusätze und Änderungen:

1. Linie 12. **Lübeck** (Markt)—**Schwartau** (Markt)
Lübeck-Markt
Bahnhof
Schlachthof
Hochstraße
Tremser Weiche
Cleverbrück
Schwartau-Markt.

Diese Linie ist vom Umsteigeverkehr ausgeschlossen.

Es werden besondere Fahrscheine und Fahrscheinbündel ausgegeben, die nur für diese Linie Gültigkeit haben. Die für die übrigen Linien ausgegebenen Fahrscheinbündel haben auf Linie 12 keine Gültigkeit.

2. An Stelle der bisherigen Fahrscheinbündel für Schüler werden ausgegeben:

Fahrscheinbündel für Schüler im Alter von 4 bis 14 Jahren, enthaltend 15 Stück Fahrscheine zum Preise von Mk. 1.—, gültig für alle Entfernungen einschließlich einmaligen Umsteigens.

3. Für Arbeiter mit einem Jahreseinkommen bis zu Mk. 1500.— werden Wochenkarten ausgegeben. Diese berechtigen zur wochentags täglich 4maligen Fahrt auf der Strecke, für die sie ausdrücklich gelöst wurden, und kosten ohne Rücksicht auf die Länge der Strecke pro Woche Mk. 1.20.

Lübeck, den 26. März 1912.

Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten. Abteilung Straßenbahn.

Lübecker Straßenbahn.

Bekanntmachung.

Vom 1. April 1912 wird die Linie 7

Forsthalle—Geibelplatz

bis zum Bahnhof durchgeführt und auch Sonntags in den allgemeinen Umsteige-Verkehr einbezogen.

Fahrpreis: Geibelplatz-Forsthalle und umgekehrt ohne Umsteigeberechtigung nach wie vor 10 Pfg.

Sobald an Sonntag-Nachmittagen der 5-Minuten-Betrieb aufgenommen wird, werden die Wagen der Linie 2, Krankenhaus—Israelsdorfer Allee, bis zur Forsthalle durchlaufen.

Diese Wagen werden besonders kenntlich gemacht werden.

Lübeck, den 26. März 1912.

Die Betriebsverwaltung.

Neues Stadttheater.

Freitag, 29. März. 8 Uhr.
Voll-Ab. 163. Freitag-Ab. 27.

Fidelio.

Große Oper von Beethoven.

Sonnabend, 30. März. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 164. Sonnabend-Ab. 15.

Die Zauberflöte.

Große Oper von Mozart.

Sonntag, 31. März. **Nachm. 3 Uhr.**
8. Volks-Vorst. **Jeder Pl. 50 Pfg.**

Die Räuber.

Schauspiel von Schiller.

Vorverkauf der Billetts für diese Volksvorst. Freitag und Sonnabend je 8—9 Uhr an der Theaterkasse.

Alle Plätze werden ausgelost.

Arbeiter-Turnverein Lübeck

Lichtbilder-Vortrag

am Donnerstag, dem 11. April 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisst. 50-52.

Vortragender: B. Koppisch-Leipzig.

Die Bedeutung der körperlichen Erziehung für die Arbeiterschaft.

Einleitung: I. Unser Körper. II. Unser Körper läßt sich formen.
Erziehung des Körpers zur Schönheit.
Gesundheit und Arbeitsfähigkeit.

Zirka 80 Bilder erläutern den Vortrag.

Es wird dringend gebeten, während des Vortrages das Rauchen zu unterlassen.

Dieser äußerst volkstümlich gehaltene Vortrag gewährt einen so klaren Einblick in unsern Körper und seine Lebensbedürfnisse und bietet so wertvolle gesundheitliche Winke, daß kein Arbeitsgenosse oder -genossin, ganz gleich, ob Turner oder Nichtturner, ihn versäumen sollte.

Anfang 8½ Uhr. Eintritt 20 Pfg. Der Vorstand.

Karten sind zu haben im Gewerkschaftshaus; Boysen, Holstenstraße; Wittfoot, Lender, Hüxstraße; Braasch, Hundestraße und bei den Mitgliedern des Vereins.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater

am Sonntag, dem 14. April 1912
nachmittags 3 Uhr.

Hoffnung auf Segen.

Drama von H. Heyermanns.

Preis der Karte 60 Pfg., inklusive Garderobe.

Die **Auslosung der Plätze** erfolgt am **Sonnabend, dem 13. April,** von 6½ bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der numerierten Billette zurückzugeben.

Karten sind im Gewerkschaftshaus, im Parteisekretariat, in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, in den Verbandsbureaus und in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.

Der Vorstand.

Hansa-Theater

Dir. **Reinh. Gollbach.**

Sonnabend, den 30. März 1912:

Spezialitäten-Vorstellung

zum Besten des Lübecker Vereins für Zeppelinfahrten.

Der Ueberschuß fließt dem obengenannten Zwecke zu.

Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Vorverkauf bei **Sager** u. **Niemeyer.**

Um große Beteiligung im Interesse der guten Sache bittet

Die Direktion.

Samenhandlung
Schelm & Wege Nachf.
Wilhelm Vollert,
Mengstrasse 10.
Alle **Gartensämereien** in bester Qualität.

Stadthallentheater.

Sonntag, 31. März. 7½ Uhr.

Glaube und Heimat.

Schauspiel von Schönherr.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel**, Markt 14, und **Roß**, Kohlmarkt 13.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 75. Donnerstag, den 28. März 1912. 19. Jahrg.

Der „Sozialpolitiker" Dr. Heckscher.

Der vielbeschäftigte „hamburgische" Abgeordnete von Lauenburg, Dr. Siegfried Heckscher, hat neulich das Bedürfnis gefühlt, im Reichstag eine sozialpolitische Rede zu halten, und hat dabei den deutschen Arbeitern ihre englischen Klassengenossen als Muster vorgehalten. Nicht übel nimmt dafür das bürgerlich-demokratische Organ: „Das freie Volk" den talentvollen Siegfried in die Mache und sagt unter anderm:

„Wenn man dem neuen Spezialisten der Fortschrittlichen Volkspartei für Arbeiterfragen, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Heckscher, sein völliges Mißverstehen der englischen Arbeiterbewegung vorhielte, so würde sich der Herr jedenfalls aufs äußerste gekränkt fühlen. Und doch hat er vor wenigen Tagen von der Tribüne des Reichstages herunter den Vertretern der deutschen Arbeiterklasse eine Vorlesung halten zu müssen geglaubt, in der er die englische Gewerkvereinsbewegung der deutschen als Muster vorhielt. Die englischen Gewerkvereine, so meinte dieser wohlunterrichtete sozialpolitische Referent des „entschiedenen" Liberalismus in Deutschland, beschränkten sich auf die Fragen von Arbeitslohn und Arbeitszeit, sie vermieden es, die Bestrebungen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder mit Fragen zu verquicken, die mit ihrem Hauptzweck nichts zu tun hätten, sie hielten sich insbesondere fern von politischer Agitation und sozialem Utopismus. Es würde besser sein für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, wenn sie diesem Beispiel nachfolgte. Wenn Dr. Heckscher diese Rede etwa vor vierzig Jahren gehalten hätte, so würden seine Behauptungen wenigstens für die damalige Zeit einen gewissen Schein von Richtigkeit besessen haben. Für die Gegenwart aber stehen diese Behauptungen dem Unsinn näher als der Wahrheit. Und nicht nur allein das. Dr. Heckschers Ansichten über die englische Gewerkvereinsbewegung der Gegenwart sind nicht nur vollkommen falsch, sondern auch, wenn seine Behauptung richtig wäre, daß sich die englischen Gewerkvereine tatsächlich nur auf Erfolge in Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit beschränken, würde er der allererste sein, der seine weißen Hände zum Himmel erhöbe, um Zeter und Mordio zu schreien sowohl über den Inhalt der Forderungen als auch über die Art und Weise, in welcher sie verwirklicht werden sollen. Es bedarf nur einiger weniger Bemerkungen, um zu zeigen, wie unrichtig diese Behauptungen des fortschrittlichen Sozialpolitikers sind und was bei besserer Kenntnis der englischen Gewerkvereine wohl seine und seiner Freunde Empfindungen sein würden."

Es wird nun dargelegt, wie der Osborne-Prozeß und anderes die englischen Arbeiter gerade zu intensiv politischer Tätigkeit angetrieben haben, und dann bekommt Jung-Siegfried folgende Zeilen für sein Stammbuch:

„Die englischen Gewerkvereine lehnen es durchaus nicht ab, sich der parlamentarischen Aktion zu bedienen, wo ihnen diese von Nutzen sein kann. In Wirklichkeit liegt die Sache vielmehr so: in Deutschland, wo die Arbeiter stärker im Parlament vertreten sind, beschuldigt man sie, daß sie sozialistischen Utopien huldigen, und rät ihnen, sich lieber mit den Fragen von Arbeitslohn und Arbeitszeit zu beschäftigen. In England dagegen, wo die Arbeiter im Parlament verhältnismäßig schwach und nicht durch eine sozialdemokratische, wohl aber durch eine Arbeiterpartei vertreten sind, die viel weitergehende Forderungen an den Gegenwartsstaat stellt als die deutsche Sozialdemokratie, beschuldigt man die Gewerkvereine des Syndikalismus, weil sie ihre Interessen auch außerhalb des Parlaments verfolgen. Es wird ja auch wohl in Deutschland die Zeit kommen, wo man ähnliche Vorwürfe gegen die Gewerksvereinsbewegung erheben wird. Allein die deutschen Arbeiter könnten sich dann auf Beispiele berufen, die in England fehlen. Denn niemand in Deutschland weiß heute von der berüchtigten „action directe" in tausend Formen besseren Gebrauch zu machen als das preußische Junkertum."

Hoffentlich entnimmt der Abgeordnete für Lauenburg den Auseinandersetzungen seiner bürgerlichen Freunde die nützliche Lehre, daß es gut ist, sich zu unterrichten und etwas nachzudenken, ehe man redet.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 28 März 1912.

36. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kraetke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlängerung

des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit Bulgarien.

Sie wird debattelos beschlossen.

Es folgt die zweite Beratung des

Etatnotgesetzes.

Die Kommission hat die Begrenzung des Gesetzes auf 3 Monate beschlossen und daher die geforderten Sätze durchweg um 50 Proz. erhöht. Das Gesetz wird debattelos angenommen.

Dann wird die zweite Beratung des

Post-Etats

fortgesetzt.

Dr. Werner-Gießen (WVg.) regt an, die Alters- und Invalidenrenten durch die Post an die Bezugsberechtigten auszahlen zu lassen. Redner begründet des weiteren eine Resolution, die Erwägungen darüber verlangt, ob es möglich ist, Arbeiter und Handwerker in ein ständiges Arbeitsverhältnis aufzunehmen, wenn sie länger als zwei Jahre im Dienste der Post beschäftigt sind, Arbeiter und Handwerker, die nach zehnjähriger einwandsfreier Dienstzeit nicht etatsmäßig angestellt sind, in ein gesichertes Arbeitsverhältnis (Diplomverhältnis) zu überführen, die Tagelöhne in Wochenlöhne umzuwandeln. Ferner verlangt die Resolution Einleitung der erforderlichen Maßnahmen, um den etatsmäßig angestellten Arbeitern und Handwerkern einen angemessenen Teil ihrer vorherigen Dienstjahre auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen und endlich eine Denkschrift über die Möglichkeit der Errichtung einer Pensionskasse für diese Arbeiter und Handwerker.

Dr. Will (Els.) wünscht im Interesse einzelner Beamtenkategorien entsprechend den Resolutionen der Budgetkommission eine Änderung der Besoldungsordnung.

Wendel (SD.): Aus dem Bericht über die Ergebnisse der Postverwaltung haben die Herren Dussner und Beck gestern mit Genugtuung feststellen wollen, wie wir es im Postwesen so herrlich weit gebracht haben. Man kann auch aus dem Bericht unschwer herauslesen, daß das Reichspostamt einen nicht unbeträchtlichen Dank für die Verkehrssteigerung für sich in Anspruch nimmt, weil die Genialität des Staatssekretärs an diesem Aufschwung nicht unbeteiligt sei. Das ist natürlich ein Irrtum. Der Götterbote mit den geflügelten Sandalen, den man als Sinnbild auf den Postgebäuden antreffen kann ist kein schöpferischer Geist, sondern nur ein Vermittler, die Post übt nur Handlangerdienste aus, und in den Zahlen des Berichtes spiegelt sich der Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens wieder, der nicht in letzter Linie zu danken ist der Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Steigerung des internationalen Verkehrs kommt in diesen Zahlen zum Ausbruch. Von allen Reichsbehörden macht die Postverwaltung am wenigsten an den Landesgrenzen halt, und in ihren Bureauräumen sollte man daher statt der dumpfen Bureauluft die etwas frischere Zugluft des Weltverkehrs vermuten. Aber das ist nicht der Fall. Schon bevor ein Husarengeneral auf den Kutschbock des Reichspostwagens gesetzt wurde und auch nachher herrschte dort ein militärischer Geist. Seit 40 Jahren haben wir ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, aber noch kein einheitliches Postgebiet. Bayern verharrt auf seinem Sonderrecht, und seit die einflußreichste Partei in diesem Hause eine Pflanzschule für bayrische Minister geworden ist (Heiterkeit), wird es wohl so schnell nicht anders werden. Wir hätten gar nichts dagegen, wenn das Reich auf postalischem Gebiet eine Annektion von Bayern vornehme. Dem stehen aber auch ästhetische Bedenken entgegen. Mit dem flachen Busen, den die Dame auf den Reichspostmarken aufweist, macht man keine moralischen Eroberungen. (Gr. Heiterkeit.) Selbst ein Sozialdemokrat kann monarchische Anwandlungen haben und den Kopf des bayerischen Prinzregenten auf den Marken anziehender finden, als die Dame auf der deutschen Reichsmarke. (Heiterkeit.) Wir sind keineswegs eingeschworene Bureaukraten, wie uns zuweilen nachgesagt wird. Wenn wir einmal in die Lage kommen, die Staatsgewalt zu expropriieren, so könnte sich der Herr Staatssekretär, der dann freilich a. D. sein wird, ruhig schlafen legen, in dem großen Räderwerk des Postwesens wird doch kein Rädchen stille stehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) 1871 schleppte die Regierung des Herrn Thiers den ganzen Beamtenapparat nach Versailles in der Hoffnung, in Paris würde dann alles drunter und drüber gehen. Es ging aber alles wie am Schnürchen. (Abg. Erzberger ruft: Jawohl, mit Kopf ab!) Herr Kollege Erzberger, Sie brauchen keine Angst zu haben, bei Ihnen lohnt das nicht. (Gr. Heiterkeit.) Der Postverkehr wurde von Arbeitern erledigt, die vom Examen eines Postassessors keine Ahnung haben. Wir wissen ja auch, wie die Anregungen von Laien stets in den Wind geschlagen werden, bis sie sich durch die harte Notwendigkeit der Praxis durchsetzen. Schon zu Beginn der 80er Jahre wurde von Kaufleuten in Frankfurt a. M. die Schaffung der Briefausgabefächer vorgeschlagen. Die Reichspostverwaltung trat in „Erwägungen" ein. Sie erwog und erwog und erteilte 1894 einen ablehnenden Bescheid voller väterlicher Ermahnungen, der auf den Ton gestimmt war: Kinder, Ihr verlangt etwas ganz Unsinniges, seid doch nicht so töricht, wir meinen es ja so gut mit Euch. Sieben Jahre darauf wurden diese Briefausgabefächer allgemein eingeführt und haben sich sehr gut bewährt. — Da ich gerade bei Frankfurt a. M. bin, will ich erwähnen, daß man dort dringend die Einbeziehung von Offenbach in die Ortstaxe wünscht. — In England ist jetzt eine außerordentliche Vereinfachung und Verbilligung des Telegrammverkehrs ins Leben getreten, indem nämlich die Telephonnummer als Telegrammadresse benutzt werden kann. Binnen kurzem soll ferner die Gebühr für Telephongespräche zwischen England und Frankreich auf die Hälfte herabgesetzt werden; auch für die Presse existieren in England erhebliche Ermäßigungen der Telephongebühren. In solchen Dingen sollten wir von England lernen, nicht aber, wie man Millionen für gepanzerte Ungetüme ausgiebt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In der Budget-Kommission sprach der Staatssekretär von Sparsamkeit. Er meinte, die Luft sei geschwängert mit dem Sparsamkeitsprinzip. (Heiterkeit.) Gewiß kann gespart werden. So beschweren sich die Beamten vielfach über die große Zahl der Aufsichtsbeamten, die nur die Arbeit hindern. In manchen Postämtern sieht es aus, wie in den südamerikanischen Raubstaaten, wo mehr Generäle sind als Soldaten.

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ihre ganze Kindheit ist in dieser Ecke enthalten. Hier hat Großmutter sie lesen und nähen gelehrt. Während Frau Ebsen die Stadt durcheilte, um deutschen Unterricht zu erteilen, blieb die kleine Lina auf diesem Schemel zu Füßen der alten Dänin, welche ihr von ihrer Heimat sprach, nordische Sagen erzählte und ihr das Matrosenlied vom „König Christian" vorsang, — denn ihr Gatte war Schiffskapitän gewesen. Später, als Eline selbst ihren Unterhalt verdiente, ging sie immer wieder zu ihrem alten Plätzchen sobald sie nach Hause kam. Großmutter, sie da findend, wo sie als kleines Mädchen gesessen, fuhr fort mit derselben beschützenden Zärtlichkeit zu ihr zu sprechen; und in den letzten Jahren kam es vor, — da der Verstand der alten Frau allmählich schwächer wurde, — daß sie ihre Tochter mit der Enkelin verwechselte, Lina mit „Elisabeth" anredete — dem Namen der Frau Ebsen — und von deren verstorbenem Manne sprach, auf diese Weise ihre beiden Persönlichkeiten, welche in ihrem Herzen eine und dieselbe Mutterliebe fanden, verwechselnd. Ein Wort führte sie sanft zurück, dann fing sie an zu lachen. O! dieses engelgleiche Lachen, dieses kindliche Lachen zwischen den Schleifen der kleinen Haube, nun ist es vorbei, Eline wird es nicht mehr hören. Und dieser Gedanke raubte ihr gänzlich den Mut. Ihre Tränen, die sie mühsam zurückgehalten in Rücksicht auf ihre Mutter, und auch aus Stolz, aus Zartgefühl, und weil das ganze Mitleiden um sie her sie unangenehm berührte, ihre Tränen stürzen nun mit Gewalt hervor, fast erstickend eilt sie mit herzbrechendem Schluchzen und Weinen in das Nebenzimmer.

Hier ist das Fenster weit geöffnet. Die Nachtluft dringt ein, von nassen Windstößen durchfahren, die den hellen Märzmond erzittern machen, der sein weißes Licht hinbreitet über das Bett, über die erloschenen Kerzen, über die beiden sich noch gegenüberstehenden Stühle, auf die der Sarg heute früh gestellt war während der Rede des Predigers, die nach protestantischem Ritus zu Hause gehalten wurde. Keine weitere Unordnung in diesem Sterbezimmer, nichts von jenen Zurichtungen, welche ein langes Siechtum, alle Schrecken der Krankheit anzeigen. Man merkt die Überraschung, die Vernichtung des Lebens in wenigen Stunden; und Großmutter, welche fast nur um sich schlafen zu legen dieses Zimmer betrat, hat hier einen tieferen Schlaf, eine längere Nacht gefunden, das ist alles. Sie liebte dieses Zimmer nicht, „zu traurig" pflegte sie zu sagen, es lag wie in tiefe Stille gehüllt, und die Stille ist der Feind der alten Leute; man sah nur Bäume, den Garten des Herrn Aussandon, dann dahinter den des Taubstummen-Instituts und den Kirchturm von St. Jacques du Haut-Pas: nichts als Grünes auf einem Hintergrund von Steinen, den eigentlichen Zauber von Paris; aber die alte Dänin zog doch ihre kleine Ecke am Fenster vor, mit dem Leben und dem Lärmen der Straße. Macht es der Anblick dieses tiefen Himmels stellenweise bewegt wie das Meer? Hier weinte Eline nicht länger. Durch das offene Fenster erhebt sich ihr Schmerz, wird freier und verklärt sich. Es scheint ihr, als wäre dies der Weg, den das teure entschwundene Leben genommen hat; und ihr Blick sucht da oben, in den flockenartigen Wolken, in den blassen lichten Stellen des Himmels.

„Großmutter, bist Du dort? Siehst Du mich?"

Ganz leise, lange ruft sie die Großmutter, spricht zu ihr im Tone des Gebets. . . . . Dann schlagen die Uhren von der Kirche St. Jacques und vom Val de Grâce, die entblätterten Bäume erbeben unter dem Nachtwinde; das Pfeifen der Eisenbahn, das Hornsignal der Tramway fahren über das fortwährende dumpfe Brausen von Paris dahin. Eline verläßt den Balkon, auf den sie sich bei ihrem Gebete stützte, schließt das Fenster und kehrt in den Salon zurück, wo die Mutter noch immer ihren von tiefen Seufzern durchbebten Schlaf eines Kindes schläft; und vor diesem kindlichen Gesichte mit den Runzeln voll Güte, mit den von den Tränen verschwollenen Augen, denkt Lina an die Selbstverleugnung, an die Aufopferung dieses vorzüglichen Wesens, an die schwere Last, welche sie so mutig, so heiter getragen: das Kind zu erziehen, den Hausstand zu unterhalten, die Verantwortlichkeit eines Mannes, und dabei stets ohne Bitterkeit, stets ohne Klage. Das Herz des jungen Mädchens wallt über von Zärtlichkeit, von Dankbarkeit; sie wird sich auch ganz und gar ihrer Mutter widmen, und noch einmal schwört sie ihr: „sie sehr zu lieben, sie niemals zu verlassen."

Da klopft es leise an die Tür. Es ist ein kleines Mädchen von sieben bis acht Jahren mit schwarzer Schülerinnenschürze, das glatte Haar auf der Stirn mit einem hellen Band zusammengehalten.

„Du bist es Fanny," sagt Eline auf der Schwelle bleibend, aus Furcht Frau Ebsen aufzuwecken, „heute abend ist keine Stunde."

„— O! ich weiß es wohl, Fräulein," — — und das Kind läßt einen neugierigen Blick nach Großmutters Platz gleiten, um zu sehen, wie es sein mag, wenn man gestorben ist, — „ich weiß es wohl, aber Papa wollte, daß ich dennoch heraufkäme, und daß ich Sie küsse wegen Ihres großen Kummers."

„— O! Du liebe Kleine . . ."

Sie nimmt den Kopf des Kindes in ihre beiden Hände und drückt ihn mit warmer Zärtlichkeit.

„Adieu, meine Fanny, komm morgen wieder . . . . . Warte, ich leuchte Dir, die Treppe ist ganz dunkel."

Und sich niederbeugend, die Lampe hochhaltend, um der Kleinen, welche unten wohnt, den Weg zu erhellen, bemerkt sie jemanden im Schatten stehend und warten.

„Sie sind's, Herr Lorie."

„— Ja, mein Fräulein, ich bin's, ich bin da. — Beeile Dich, Fanny."

Und schüchtern die Augen erhebend zu dem schönen blonden Mädchen, dessen Haare sich unter der Lampe in Strahlen verfliegen, erklärt er in einem langen, geschmückten, wie ein Trauer-Bukett erster Klasse eingewickeltem Satze, daß er es nicht gewagt habe, selbst zu kommen, um sogleich den Ausdruck . . . den Ausdruck seiner Beileidsbezeigungen persönlich zu bringen; dann plötzlich diese ganze zeremoniöse Banalität abbrechend: „Von ganzem Herzen fühle ich mit Ihnen, Fräulein Eline!"

„Ich danke Ihnen, Herr Lorie."

Er nimmt das Kind bei der Hand. Eline tritt in ihre Wohnung zurück, und die beiden Türen im Erdgeschoß und in der ersten Etage, schließen sich zu gleicher Zeit, wie mit derselben Empfindung.

Zweites Kapitel.

Ein Staatsbeamter.

Es waren bereits vier oder fünf Monate verflossen seit Lories das Haus bewohnten, und in der Rue du Val de Grace, einer echten kleinstädtischen Gasse gleichend mit ihren Klatschereien vor den Türen, ihren von hohen Bäumen überragten Klostermauern, ihrem Straßendamm, auf dem die Hunde, die Katzen, die Tauben sich ohne Furcht vor den Wagen tummeln, hatte sich aber die neugierige Unruhe über die Ankunft dieser sonderbaren Familie noch nicht gelegt. An einem Oktobermorgen, unter strömenden Regen — einem wahren Auszugstag —, hatte man die Leute hier ankommen sehen; der Herr, mager, ganz in schwarz gekleidet, einen Flor um den Hut, und trotz seiner Jugend älter erscheinend durch die ernste Miene, durch den nach Beamtenart gestutzten Backenbart und den zusammengepreßten Mund. Mit ihm zwei Kinder, ein Knabe von etwa zwölf

Aber wenn wir auch für Sparsamkeit sind, so wollen wir die Post doch nicht zu einer Überschußquelle machen. Seit Bismarck hier Überschüsse wünschte, möchte jeder Staatssekretär ein Bismarck im kleinen sein und ist Stolz auf die Überschüsse. Sie haben aber doch etwas sehr Bedenkliches, denn entweder bezahlt das Publikum die Leistungen der Post zu hoch, oder die Angestellten werden zu niedrig entlohnt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man soll auch nicht die Funktionen der mittleren Beamten durch gehobene Unterbeamten ausführen lassen. Entweder sind die mittleren Beamten bisher für die Leistung zu hoch bezahlt worden, was ich keineswegs behaupte, oder die gehobenen Unterbeamten werden für dieselben Leistungen zu niedrig bezahlt. Wir haben uns gegen die Einrichtung der gehobenen Unterbeamtenstellen gewendet, da sie wie ein Keil in die Solidarität der Beamten wirken müssen. Wesentlicher und wichtiger scheint es uns, daß die Unterbeamten besser entlohnt werden. Wir nehmen uns der Beamten ohne jeden Hintergedanken an. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf Dankbarkeit rechnen ist in der Politik fast schon ein Laster. Die Jagd auf die Beamten überlassen wir den anderen Parteien. Herr Pauli und Herr Beck haben es hingestellt, als ob die Beamten und Unterbeamten, die an einen sozialdemokratischen Abgeordneten mit Beschwerden und Wünschen herantreten, gewissermaßen mit einem moralischen Defekt behaftet wären. Wir brauchen uns gegen eine solche Insinuation nicht zu verwahren. Aber wir würden es für eine Beleidigung der Postbeamten halten, wenn man ihnen nachsagte, sie sähen die Herren Pauli und Beck als ihre berufenen Vertreter an; das hieße nicht von der Moral, aber von der Intelligenz der Postbeamten und Unterbeamten eine sehr geringe Meinung haben. (Große Heiterkeit.) Wir sind überzeugt, daß unter den vier Millionen Stimmen, von denen der Reichskanzler so verächtlich gesprochen hat, viele Stimmen von Beamten sich finden, und wenn der Staatssekretär alle diese Wähler aus seiner Beamtenschaft und Unterbeamtenschaft ausmerzen wollte, würden wohl sehr erhebliche Leitungsstörungen vorkommen. (Heiterkeit.) Wir haben aber nicht um diese Stimmen gebuhlt, sondern die Beamten haben für uns gestimmt, weil sie wissen, daß wir für Recht und Billigkeit eintreten. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Ich sehe allerdings nicht ein, warum die Postbeamten der Verwaltung ihre Unentbehrlichkeit nicht möglichst deutlich machen sollen. Mit Vereinsgründung allein ist es nicht getan, und papierene Resolutionen fallen in der Welt der Tatsachen sehr leicht in die Wagschale. Daß dem Staatssekretär der Gedanke einer passiven Resistenz oder eines Streiks ein Scheuel und Greuel ist, ist sehr verständlich, aber daß die Beamten selbst vor diesem Gedanken entsetzt ein Kreuz schlagen, ist schon viel weniger verständlich, und doch sehen wir, daß die Postbeamten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne mit Stolz zu betonen, daß sie durch den preußischen Drill zu einem ernsten Widerstand durchaus unfähig sind. Der berufene Vertreter der Postbeamten in der Budgetkommission hat dort eine schmetternde Fanfare geblasen und versichert, daß die deutschen Beamten nie daran dächten, dem bösen Beispiel ihrer Kollegen in Frankreich zu folgen. Das mag sehr gemütvoll sein, aber auch sehr unklug, dem Herrn Staatssekretär gegenüber diese Treue bis zum Hungertode (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) zu betonen, denn das heißt nichts weiter als, wir haben Forderungen an die Verwaltung, aber wir denken nicht im Traum daran, diesen Forderungen auch den nötigen Nachdruck zu verleihen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir treten jedenfalls ohne eigensüchtige Gründe für die berechtigten Forderungen der Postbeamten ein. In den Reden über die Reichsfinanzreform hat Herr Duffner gestern den Vogel abgeschossen, als er behauptete, dies volksfeindliche Machwerk des schwarzblauen Blocks sei die Ursache für den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre, denn sie haben Ruhe in die Kontore getragen. Das Gegenteil ist richtig: die Verteuerung aller wichtigen Lebensmittel hat die Unruhe in die Bureaus der Beamten hineingetragen. (Sehr richtig! links.) Und auch die Hydra mit 1000 Köpfen, von der der Staatssekretär gestern sprach, haust lediglich auf dem Felde der durch die Wirtschaftspolitik gesäten Unzufriedenheit. Eine Resolution der Kommission verlangt für Oberposttelegraphenassistenten sowie für Vorsteher für Postämter 3. Klasse, die vor dem 1. Januar 1900 in den Postdienst eingetreten sind, eine persönliche Zulage von 300 Mk. Meine Freunde haben im vergangenen Jahre gegen diesen Antrag gestimmt, aber lediglich deshalb, weil unsere Resolution, die für eine schlechter entlohnte Beamtenkategorie eine Aufbesserung verlangte, abgelehnt worden war. Wir wollten erst für die Ungesättigten trockenes Brot bereiten, ehe wir den Halbsatten eine Wurst braten wollten, die sie an sich gewiß redlich verdient haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Nachdem aber jetzt Aussicht besteht, daß diesmal diese sogenannte Unterbeamtenresolution mit angenommen werden wird, werden wir auch für die Postassistenten-Resolution stimmen, denn es handelt sich da in der Tat um eine Schicht älterer Beamten, die durch die Personalreform schwer geschädigt worden sind. Überhaupt werden wir jederzeit für durchgreifende Besoldungsverbesserung stimmen. Die Erhöhung des Unterstützungsfonds durch die Postbehörde ist ja die beste Anerkennung für die Notlage weiterer Beamtenschichten. Wie allerdings das Zentrum sein Wohlwollen für die Beamten verbinden will mit der ängstlichen Scheu, die Besoldungsordnung aufzurollen, bleibt ein Rätsel. In der Budget-Kommission hat das Zentrum angeregt, postlagernde Briefe mit höherem Porto zu belegen mit dem Hinweis darauf, daß in erster Linie der Liebesbriefverkehr dadurch getroffen wird. Es ist also gewissermaßen der Geist Roerens, der aus diesem Antrag spricht. (Heiterkeit bei den Soz.) Die Post sollte dadurch zu dem gemacht werden, was Schiller von der Schaubühne fordert, zu einer moralischen Anstalt. (Heiterkeit.) In Belgien haben die Parteifreunde des Zentrums es sogar durchzusetzen gewußt, daß der ganze Chiffreverkehr auf den Postämtern verboten wurde. In Wirklichkeit ist der Antrag des Zentrums nicht nur sehr muckerisch, denn warum sollte die Liebe mit einer Geldstrafe belegt werden (Heiterkeit), sondern er ist auch sehr verkehrsfeindlich, denn unter den postlagernden Sendungen spielen die Liebesbriefe eine außerordentlich geringe Rolle. Hohe Herrschaften, die ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.), sind nicht auf den Postlagerverkehr angewiesen, wohl aber die vielen Geschäftsreisenden und Kleinhändler, die heute hier und morgen dort sind, und die reisenden Handwerksburschen im Verkehr mit ihrer Familie. Also gerade ärmere Volkskreise werden durch diesen Antrag des volksfreundlichen Zentrums getroffen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Ostmarkenzulage werden wir auch diesmal ablehnen. Die Wahrscheinlichkeit ist ja in diesem Jahre sehr groß — wenn das Zentrum nicht so regierungsfromm geworden ist, daß es auch in dieser wichtigen Frage auf die andere Seite fällt — daß sich eine Mehrheit gegen die Ostmarkenzulage findet. Daß Beamten, die unter besonders schwierigen Umständen arbeiten, eine Zulage gewährt wird, dagegen haben auch wir nichts einzuwenden. Vor 1870 hatte Preußen auch eine Art Ostmarkenzulage, nämlich für richterliche Beamte in Posen und Westpreußen, die sowohl des Deutschen wie des Polnischen kundig waren. Heute ist umgekehrt die Ostmarkenzulage dazu da, die polnische Sprache, die Muttersprache, von 4 Millionen deutscher Reichsangehöriger auszurotten. Sie bildet gewissermaßen eine Erziehungsprämie zu hakatistischer Gesinnung. Die Post ist gewiß ein unparteiisches Institut, sie verkauft ihre Briefmarken an Gerechte und Ungerechte (Heiterkeit); aber durch die Polenpolitik wird auch die Post politisiert. Neben dem Landrat wird in Posen und Westpreußen auch der Landbriefträger zum politischen Beamten. Wir haben gestern von Herrn von Chlapowski gehört, von Briefen, die ihn nicht erreichten (Heiterkeit), weil ein polnisches Wort auf der Adresse stand. Gestern ist nun eingewandt worden, daß deutsche und polnische Beamte die Zulage erhielten. Wir haben auch gehört, daß unter den mittleren Beamten sehr wenig Polen sind, und auch als Unterbeamte nicht so viel Polen angestellt werden, als für eine gute Abwicklung des Postbetriebes in diesen Provinzen nötig wäre. Die Ostmarkenzulagen haben nun einmal auch für die Post einen politischen Charakter, das wissen auch die Postbeamten selbst sehr gut. Die „Deutsche Postzeitung", das Organ der mittleren Post- und Telegraphenbeamten, schrieb am 10. Mai 1908: Die verbündeten Regierungen, die offenbar geglaubt haben, die dauernde Unwiderruflichkeit der Zulagen nicht zugestehen zu dürfen, um die beteiligte Beamtenschaft in der Hand zu behalten, haben damit die Reichsbeamten in den Ostmarken zum Spielball wechselnder parlamentarischer Mehrheiten gemacht und dadurch nur erreicht, daß sie sich in eigenem wirtschaftlichem Interesse politisch möglichst indifferent verhalten werden, um den Gegnern der Zulage nicht die Klinge zu schärfen. Ob aber gerade die Züchtung des politischen Indifferentismus die der Schaffung der Ostmarkenzulagen zugrunde liegende Absicht gewesen ist, kann füglich bezweifelt werden". Hier sagt also das Organ der Beamten ganz unzweideutig: Wenn wir wirklich stramme Polenbekämpfer sein sollen, dann mußt Du diese Zulage dauernd unwiderruflich machen. Schärfer kann der politische Charakter der Ostmarkenzulage nicht ausgedrückt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat nun gesagt, die Streichung bedeute eine wirtschaftliche Schädigung für alle Beamten, die sich darauf eingerichtet hätten. Das mag zutreffen, aber da mögen sich die betreffenden Beamten bei der Regierung bedanken, die aus politischen Gründen diese Zulagen eingeführt hat. Wir sind auch stets bereit, der Gesamtheit der Unterbeamtenschaft auf dem Wege der Gehaltsaufbesserung das zu geben, was ein Teil aus politischen Gründen hatte. Aber man kann eine Korruptionsprämie nicht deshalb bewilligen, weil die zu Korrumpierenden daran gewöhnt sind. (Sehr richtig!) Im übrigen ist auch das Leben im Osten der preußischen Monarchie nicht teurer, sondern billiger, als im Westen, so daß auch rein wirtschaftliche Gründe die Beibehaltung der Zulage nicht rechtfertigen. Wenn nun Freiherr von Gamp an das Gerechtigkeitsgefühl der Polen appelliert hat, so ist das doch der reine Hohn. (Sehr richtig! b. d. Polen und Soz.) Seit Jahrzehnten wird in der Behandlung der Polen Unrecht auf Unrecht getürmt, und nun auf einmal verlangt man von den Polen, sie sollten aus Gerechtigkeit für eine zu ihrer Unterdrückung bewilligte Prämie stimmen. Das ist so, als wenn ein Mann, auf dessen Kopf eine Prämie gesetzt ist, freundlichst gebeten wird, diese Prämie auch noch aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen. (Gr. Heiterkeit, Sehr gut! b. d. Soz.) Wir sind aus Gerechtigkeitsgefühl gegen die Zulagen. Sie sind lediglich ein Zweig von dem Baume jener Polenpolitik, der längst reif ist für die fällende Axt, sie sind ungerecht, töricht und nutzlos, sie sind ein Erzeugnis der politischen Gespensterfurcht. Vielleicht gibt es Polen, die das großpolnische Reich wieder aufrichten wollen; aber wir haben ja auch Deutsche, die Hansnarren sind, die ausschweifende Pläne haben, die die Rheinmündung annektieren wollen, Holland und Österreich, die sogar ganz Marokko wirtschaftlich und politisch germanisieren wollen. (Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) Die Vorgänge des letzten Jahres haben gezeigt, daß die Bestrebungen dieser Alldeutschen für den Bestand des Deutschen Reiches viel bedrohlicher sind, als die gefährlichsten Polen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Polen wollen nur nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, sie wollen ihres Volkstums nicht beraubt werden. (Sehr wahr! bei den Polen.) Wenn die Regierung die Streichung dieses Titels als Niederlage empfindet, so ist ihr das aus vollem Herzen zu gönnen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Außerdem hat die Regierung auch auf dem Gebiete der Polenbekämpfung sich so viel Niederlagen zugezogen, daß es auf eine mehr gar nicht mehr ankommen kann. (Heiterkeit.) Eine Politik, die einen großen Volksstamm nicht mit friedlichen Mitteln der Kultur eindeutschen, sondern mit gewaltsamen barbarischen Mitteln verpreußen und verpommern will, kann nur Niederlagen nach sich ziehen. In der deutschen Nationalversammlung 1848 hat der Pole von Janiczewski den Vorläufern der Hakatisten von heute zugerufen: „Ihr werdet die Polen verschlucken, aber verdauen werdet Ihr sie ganz gewiß nicht". Nie ist eine Prophezeiung so wahr gewesen wie diese. Wir sind stets erbitterte Gegner der Verschluckungspolitik gewesen, wir haben auch in der Polenfrage die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit proklamiert, wir sind aber unschuldig daran, wenn die preußisch-deutsche Regierung heute mehr denn je in dieser Frage an Verdauungsbeschwerden leidet. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Kraetke: Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß ich keine Sozialdemokraten im Betriebe der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung dulde. (Stürmische Heiterkeit bei den Soz.) Wie richtig dieser Standpunkt ist, hat die Rede des Vorredners und seines Parteifreundes Zubeil bewiesen, deren Inhalt auf weiter nichts hinauslief, als die Beamten zum Streik aufzurufen. (Stadthagen: Wenn Sie nur streiken möchten! Heiterk.) Der Vorredner sagte, die Sozialdemokraten werben nicht um die Postbeamten. Ich habe hier ein Flugblatt, das im Kuvert an Hunderttausende von Postbeamten verschickt worden ist, (Zuruf bei den Soz.: Darf das denn die Post befördern? Heiterkeit), wo es zum Schluß heißt: „Die mittleren und unteren Postbeamten haben wahrhaftig keinen Grund, mit ihrer Verwaltung zufrieden zu sein. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn sie wollen, daß es besser wird, müssen sie sozialdemokratisch wählen. (Erneutes lebhaftes Sehr richtig! und Bravo! bei den Soz. Große Heiterkeit.) Sie wären dumm genug, wenn sie sich wieder vor den Karren der bürgerlichen Parteien spannen ließen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die nächsten Reichstagswahlen müssen eine Abrechnung mit der Redaktion (Heiterkeit bei den Soz. Zuruf: Reaktion!) bringen. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Ist dann auch sehr wahr Ihr Ausspruch, Sie werben nicht um die Gunst der Postbeamten? (Sehr gut! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) All Ihr Werben wird Ihnen nichts nützen. (Gelächter bei den Soz.) Die Postbeamten verwahren sich dagegen, daß Sie als ihre Vertreter auftreten. Das auszusprechen, bin ich berechtigt (Widerspruch bei den Soz.), weil ich weiß, daß Sie die Beamten beleidigen, wenn Herr Zubeil ihnen zumutet, daß sie ihren Eid brechen. (Bravo! rechts.) Sie halten hier lange Reden für die Beamten, aber haben Sie schon je für einen Etat gestimmt? (Lachen bei den Soz.) Wie Sie die Beamten einschätzen, dafür ist folgendes bezeichnend: Herr Sachse hat hier vor einiger Zeit gesagt, das Organ des Steigerverbandes klage darüber, daß auf einer Reihe von Zechen den Direktoren die Namen der Steiger, welche die Verbandszeitung durch die Post beziehen, bekannt geworden seien. Es müsse angenommen werden, daß auf einzelnen Postämtern Ermittlungen angestellt worden seien, die zum Ziele geführt hätten. Auch sei von früher her bekannt, daß einzelne Postbeamte es in bezug auf die Angabe der Empfänger von Briefen nicht so genau nehmen". Der verantwortliche Redakteur einer Zeitung, die diese Nachricht mit Beleidigungen wiedergab, wurde daraufhin angeklagt, und nun hat die eingehende Un-

---

Jahren, der eine Matrosenmütze, mit Anker und goldener Borte geschmückt, trug, und ein kleines Mädchen, das an der Hand geführt wurde von einer Dienstmagd mit der Haube einer Bäuerin aus dem Berry, ebenfalls schwarz gekleidet, und wie ihre Herrschaft von der Sonne gebräunt. Ein Rollwagen der Eisenbahn, ihnen auf dem Fuße folgend, schwer beladen mit Kisten, Reisekoffern und aufgetürmten Ballen.

„Und die Möbel?" fragte die Türhüterin, ihre Mieter einführend.

Das Bauernmädchen antwortete sehr ruhig: „Wir haben keine . . . .", und da das Vierteljahr vorausbezahlt war, mußte man sich mit dieser Auskunft begnügen. Wo würden sie schlafen? Woraus würde man essen? Und worauf sich setzen? Das waren schwer zu lösende Rätsel; denn die Tür öffnete sich kaum, und wenn auch die Fenster keine Vorhänge hatten, so blieben die großen Läden doch stets geschlossen, sowohl nach der Straße als auch nach dem Garten hin. Vom Herrn, streng aussehend und fest bis an das Kinn in seinem langen Überzieher zugeknöpft, konnte man gewiß keine Auskunft erhalten, übrigens war er nie zu Hause, ging morgens sehr geschäftig fort, eine Ledermappe unter dem Arm, und kam erst des Abends spät wieder heim. Was das große starke Mädchen anlangt, die wie eine Amme aussah und die Herrschaften bediente, so hatte sie einen gewissen Schwung ihres Rockes nach einer Seite, und eine barsche Art den Schwätzern den Rücken zu kehren, welche die Leute von ihr fern hielt. Auf der Straße schritt der Knabe vor ihr, die Kleine fest an ihr Kleid geklammert; und wenn sie nach dem Waschhause ging, ein Bündel Wäsche auf ihre starken Hüften gestemmt, schloß sie die Kinder zu Hause ein. Diese Leute empfingen nie Besuch, nur zwei oder drei Mal die Woche kam ein kleiner Mann mit einem schwarzen Strohhute, eine Art Schiffer, wie sie am Meeresstrande herum schlendern, mit lebhaften Augen und einem gelbsüchtigen Gesichte, und stets mit einem großen Korb in der Hand. Alles in allem wußte man nichts über sie, außer, daß der Herr sich Lorie-Dufresne nannte, wie eine an der Tür befestigte Visitenkarte bezeugte:

Charles Lorie-Dufresne
Unter-Statthalter in Cherchell
Provinz Algier.

Dies letztere mit der Feder durchstrichen, aber nicht vollständig und wie mit Bedauern.

Er war in der Tat erst vor kurzem abgesetzt worden und zwar unter folgenden Umständen: Nach Algier gegen Ende des Kaiserreiches berufen, verdankte es Lorie-Dufresne nur der großen Entfernung von der neuen Regierung, beibehalten worden zu sein. Seine politische Meinung war übrigens nicht sehr fest, wie bei den meisten unserer Beamten, und er war ganz bereit, der Republik dieselben Beweise seines Eifers zu geben, wie dem Kaiserreiche, wenn man ihn nur in seinem Amte beließ. Das wohlfeile Leben in einem wundervollen Lande, als Unterstatthalterei ein Palast mit bis zum Meere führenden terrassenförmigen Gärten voll Pomeranzen- und Bananenbäumen, ein Heer von Chaouchs auf seine Befehle wartend, Spahis, die mit ihren langen roten Mänteln, welche aussahen wie die Flügel der Flamingos, auf einen Wink von ihm davonflogen, Reit- und Wagenpferde von der Regierung gestellt — der großen Entfernungen wegen —, offen gestanden, dies alles war wohl wert, daß man seine Überzeugung doch ein wenig opferte.

Nachdem er sich am 16. Mai behauptet hatte, sah Lorie seine Stellung erst nach dem Rücktritt Mac-Mahons gefährdet; aber, dank seinem neuen Präfekten, Herrn Chemineau, entging er auch diesmal seinem Schicksale. Herr Chemineau, ein früherer Sachwalter aus Bourges, verschmitzt und kalt, sehr geschmeidig, zehn Jahre älter als er, war für Lorie-Dufresne — damals Präfekturrat — jenes ideale Vorbild gewesen, welches die jungen Leute erwählen, wenn sie in das Leben treten, und nachdem sie sich, in dem Alter, in welchem man stets etwas oder jemand kopieren muß, modeln, fast ohne es zu wissen. Er legte sein hübsches Gesicht in dieselben Falten, ahmte seine steife Haltung nach, sein verschmitztes Aussehen, sein diskretes Lächeln, den Schnitt seines Bartes und sogar das Tänzeln des Klemmers auf der Fingerspitze. Lange Zeit darauf, als sie sich in Algier wiederfanden, glaubte Chemineau das Bild seiner Jugend wieder zu sehen, nur mit etwas Offenem und Ungekünsteltem in dem Blicke, was der Herr Präfekt nie gehabt hatte, und dieser sehr schmeichelhaften Ähnlichkeit verdankte Lorie wahrscheinlich die Gunst des alten Hagestolz, der so trocken und unerbittlich war wie das gestempelte Papier, auf welchem er früher seine Prozeßakten ausfertigte.

Unglücklicherweise wurde Frau Loire nach einigen Jahren des Aufenthalts in Cherchell krank; es war eine jener grausamen Krankheiten, welche die Frauen an den Quellen des Lebens treffen, und welche dieses Klima, wo alles gewaltsam wächst und gährt, schnell entwickelte. Wenn nicht der Tod schon in einigen Monaten eintreten sollte, mußte sie nach Frankreich zurück, wieder in jene feuchte Atmosphäre, die das Leben, welches einer ganzen Familie so teuer war, verlängern, vielleicht sogar ganz retten konnte. Lorie wollte um seine Versetzung nachsuchen, der Präfekt hinderte ihn daran. Das Ministerium hätte ihn vergessen, schreiben, das wäre das Schicksal herausfordern: „Haben Sie noch ein wenig Geduld. . . . Wenn ich über das Wasser gehe, werde ich es so einrichten, daß Sie mitkommen."

Die arme Frau reiste allein ab und begab sich zu entfernten Verwandten nach Amboise in der Touraine. Sie konnte nicht einmal ihre Kinder mitnehmen, denn da die alten Gailletons niemals welche gehabt hatten, verabscheuten sie dieselben und fürchteten sie in ihrem kleinen sauberen Häuschen aufzunehmen, als wäre es ein Schwarm von Heuschrecken oder eine Horde bösartiger Insekten. Man mußte sich also in die Trennung fügen; die Gelegenheit eines Aufenthaltes unter einem wunderbaren Himmel, gewissermaßen in der Familie, war zu günstig und die Pension überdies billiger als in einem Hotel. Ohnehin würden sie auch nicht mehr lange hier bleiben, da Chemineau nicht der Mann war in Algerien zu versauern. „Und ich werde mit ihm übers Wasser gehen — —", sagte Lorie Dufresne, der alle Redewendungen seiner Vorgesetzten nachsprach. Monate vergingen auf diese Weise, und die Kranke verzweifelte ohne Gatten, ohne Kinder, den blöden Neckereien ihrer Wirte preisgegeben sowie dem dumpfen Weh ihrer Krankheit.

(Fortsetzung folgt.)

tersuchung die Grundlosigkeit der Verdächtigung ergeben. Es ist durch eidliche Aussagen bewiesen worden, daß Postbeamte dabei nicht beteiligt waren. (Hört, hört! rechts, Zuruf bei den Soz.: Sondern die Polizei!) Ich habe nun absichtlich gewartet, ob Sie (zu den Soz.) den ehrlichen Willen haben (große Unruhe bei den Soz., Zuruf: Unterstellung!) ich will sagen, ob Sie den Mut haben, nun offen zu bekennen: Wir haben den ehrenwerten Stand der Postbeamten beleidigt, und wir nehmen nach Aufklärung des Sachverhaltes die Äußerung zurück. Das ist in diesem Falle wieder nicht geschehen. Die Postbeamten wollen auf ihre Ehre gewartet haben. (Lebhaftes Bravo! rechts, Lachen bei den Soz.)

Sachse (SD.): Es ist richtig, was der Herr Staatssekretär ausgefürt hat, daß ich damals gesagt habe, die Postbeamten dürften nicht aussagen. Das war mir per Telegramm mitgeteilt. Als ich dann die Zeitungsberichte bekam, stellte sich heraus, daß in dem Telegramm Polizeibeamte mit Postbeamten verwechselt wurden. Ich habe natürlich nicht soviel Wert darauf gelegt, das ausdrücklich zu berichten. (Große Unruhe rechts.) Jubeln Sie nicht zu früh; es ist bereits ein neuer Prozeß angestrengt. In jenem Prozeß ist nun festgestellt, daß der Zechenverbandssekretär einen Polizeiassessor bestochen hat (Hört, hört! b. d. Soz.), daß der Assessor vom Zechenverband mehrere hundert Mk. bekommen hat. (Zuruf rechts: Post!) Das hängt damit zusammen. Der betreffende Steiger, der aus diesem Grund verklagt war, hat jetzt beim Staatsanwalt Anzeige gemacht, ihm sei bekannt geworden, daß die Bestechungsgelder 1900 Mk. betragen (Hört, hört!), und weiter, daß entweder mit diesem Gelde Postbeamte oder Druckereipersonal bestochen sein müßten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Also die Sache ist noch nicht geklärt, und mein Irrtum ist eher zu entschuldigen, als wenn der Staatssekretär die Sache als bombensicher hinstellt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Staatssekretär Krätke: Das Landgericht hat in der Begründung des Urteils ausdrücklich festgestellt, daß Indiskretionen seitens Postbeamter nicht begangen seien. (Hört! hört! rechts.)

Dr. Oertel (K.) ist mit dem Staatssekretär sehr einverstanden, daß kein Postbeamter Sozialdemokrat sein dürfe. Redner polemisiert gegen den Abg. Wendel, weil dieser das Recht auf passive Resistenz und Streik für die Postbeamten beansprucht haben, will die Schmutzliteratur von der Versendung durch die Post ausschließen und trägt dann einzelne Wünsche auch für die Presse vor. Das platte Land werde von der Post stiefmütterlich behandelt. Nicht bei der Post, sondern bei der Sozialdemokratie mache sich der Bazillus Bureaukratie geltend. Möge der Staatssekretär bei seinem Standpunkt gegenüber der Sozialdemokratie beharren. (Lebh. Beif. rechts.)

Staatssekretär Krätke: Die Wünsche auf Ausdehnung der Portofreiheit für Pakete an Soldaten sollen geprüft werden, doch ist ihre Erfüllung nicht sicher, da die Kontrolle, ob wirklich nur Sachen für die Soldaten in den Paketen enthalten sind, sehr schwer ist.

Limst-Eßlingen (NL.) trägt die Wünsche einiger Beamtenkategorien vor und bittet, den Erholungsurlaub für die unteren Beamten auszudehnen. Auch die Arbeitszeit ist zu groß, wenn die Beschwerden des Abg. Zubeil auch weit übertrieben sind. Redner wünscht eine Vereinheitlichung des Weltpostportos, und wenn das nicht geht, die Ausdehnung der Vereinbarung mit Österreich und Nordamerika auf unsere europäischen Nachbarn. Auch müsse das Porto auf Warenproben ermäßigt werden.

Staatssekretär Krätke: Die Nachbarländer wollen mit uns allein eine solche Vereinbarung treffen und fürchten einen zu großen Ausfall, wenn sie sie mit mehreren Ländern abschließen. Die Besoldungsordnung kann man doch nicht gleich wieder ändern. Die Unterbeamten haben in der Woche 60—69 Dienststunden, aber von den 121 176 Unterbeamten haben nur 722 einen Dienst von 68—69 Stunden. In den Großstädten, wo der Dienst anstrengender ist, ist die Zahl der Dienststunden 60, und das ist keineswegs zu hoch. Eine andere Organisation als die gegenwärtige kann ich nicht empfehlen, da die gehobenen Stellen den unteren und mittleren Beamten die Möglichkeit geben, vorwärts zu kommen.

Hubrich-Oberbarnim (FVp.): Der erfreuliche Aufschwung, der sich in den Überschüssen der Postverwaltung zeigt, steht in unerfreulichem Gegensatz zu der traurigen sozialen Lage der Postbeamten. Deshalb nimmt die Unzufriedenheit der Postbeamten ständig zu und zwar bei allen Schichten, den unteren, den mittleren und den höheren. Bei der sprunghaften Steigerung in den Preisen aller Lebensmittel sind die Gehaltserhöhungen längst wett gemacht, und deshalb kann die Gehaltsfrage nicht zur Ruhe kommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sehr mit Unrecht hat Graf Posadowsky vor kurzem hier die Beamten wegen ihrer Wünsche auf Gehaltsaufbesserung angegriffen. Die Ostmarkenzulage darf man keinesfalls als Korruptionsfonds bezeichnen; ihre Wirkung ist vielmehr eine günstige gewesen. Redner bringt dann Einzelwünsche der Beamten vor, die in den Sozialdemokraten ihre Vertreter nicht erkennen können. An Streik und passiven Widerstand denkt kein Beamter, die Beamten danken für den freundlichen Rat des Abg. Wendel. (Bravo! b. d. Freis.).

von Czarninski (Pole) erklärt den Antrag auf Streichung der Ostmarkenzulage aufrecht erhalten zu wollen. Auch die Haltung der Volkspartei zu dieser Frage war früher eine andere.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Ein Antrag, eine Anzahl Resolutionen der Budgetkommission zu überweisen, wird gegen die Stimme des Antragstellers, Abg. Freih. von Gamp (Rp.), abgelehnt (Heiterkeit); die Abstimmung über die Resolutionen wird morgen stattfinden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen vormittag 10 Uhr, vorher 3. Lesung.

Schluß 7½ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe. Am Mittwoch hatte der Vorsitzende Dr. Hiller längere Einzelbesprechungen mit dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes Schwarz und dem Vorsitzenden des Schneiderverbandes Stühmer. Der Vorsitzende unterbreitete beiden einen Vermittelungsvorschlag, den die Parteien sodann gesondert beriet. Nachmittags 5 Uhr nahmen die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht ihren Fortgang; über deren Verlauf ist noch nichts bekannt.

Achtung! Zwickerstreik! Bei der Firma S. Schmidt, Pirmasens, haben die Zwicker die Arbeit eingestellt, nachdem gütliche Unterhandlungen ohne Erfolg waren. Bei der Firma Gg. Sauer, Thalfröschen, haben die Zwicker infolge ihres geringen Verdienstes und Einführung neuer Fassons einige Forderungen gestellt. Nun sucht die Firma auswärts Zwicker, allem Anschein nach, um über die Forderungen dadurch hinweg zu kommen. Zuzug ist fernzuhalten.

Streik der Breslauer Speditions- und Transportgewerbearbeiter. Die Möbeltransporteure und Kutscher haben den Streik beschlossen. Sie fordern für die in der Spedition beschäftigten Arbeiter 8 Mk. wöchentlich Zulage unter Beibehaltung der bisherigen Gratifikationen. Für die im Möbeltransport beschäftigten Personen wird ein Minimal-Lohntarif gefordert, der eine staffelweise Erhöhung des Lohnes, Festsetzung der Arbeitszeit und Bezahlung der Überstunden fordert. Seit 12 Jahren hat in dieser Branche keine nennenswerte Aufbesserung der Löhne stattgefunden.

Streik und Aussperrung in der Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenberge beendet. Die streikenden Maschinenformer hatten, da die Direktion jedwede Verhandlungen mit den Arbeitern strikte ablehnte, das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen. Die Direktion der Singergesellschaft ließ durch zwei ihrer Direktoren dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Wittenberge erklären, daß es gegen das Prinzip der Gesellschaft sei, mit dritten Personen über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. Das Einigungsamt könne die Direktion nicht anerkennen. Falls die Direktion gezwungen werde, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, werde sie dieselben Erklärungen abgeben. Sie (die Direktion) habe strenge Anweisung von der Hauptleitung erhalten, sich in keinerlei Verhandlungen einzulassen. Damit war auch der Versuch, vor dem Einigungsamt die Differenzen zu erledigen, als gescheitert zu betrachten. In einer Verhandlung zwischen der Direktion und einer Kommission aus den Reihen der Ausgesperrten legte aber die Direktion nochmals ihren Standpunkt über die Differenzen bei den Maschinenformern dar, lehnte jedoch irgend welches Entgegenkommen ab. Die streikenden Maschinenformer nahmen nochmals Stellung zu der ganzen Sachlage. Mit Rücksicht auf das sehr geringe Kampfobjekt und auf die Opfer, welche die Ausgesperrten bringen, beschlossen die Streikenden, den Streik aufzuheben. Die Arbeit ist am Montag dem 25. März in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Der Streik der Bergleute am Deister bei Hannover und im schaumburg-lippeschen Gebiet dauert unverändert fort. Der Bergfiskus geht mit denselben rigorosen Mitteln vor, wie die Kohlenbarone des Westens. Im Laufe der vorigen Woche sind nicht weniger als 1715 Bergleute am Deister durch eingeschriebenen Brief benachrichtigt worden, daß sie aus der Belegschaftsliste gestrichen sind. Am Deister arbeiteten am Sonnabend nur 591 Mann, meistens Leute, die über Tage beschäftigt sind. Die geringe Zahl der unterirdisch beschäftigten Leute reicht kaum aus, um Kohlen zum Selbstverbrauch zutage zu fördern. Die Strecken gehen meist zu bruch. Im lippeschen Werke beträgt die Zahl der Streikenden nahezu 1900. Hier ist man ebenfalls mit der Streichung aus der Belegschaftsliste vorgegangen. Am Sonntag fanden im Streikgebiet eine große Anzahl Versammlungen statt, die alle überfüllt waren und eine Resolution annahmen, in der die Bergarbeiter geloben, im Streik auszuharren. Es soll jedoch im Laufe der Woche versucht werden, mit den Behörden wegen Verhandlungen in Verbindung zu treten. Als maßgebende Behörden kommen das Oberbergamt Clausthal und der Minister für Handel und Gewerbe in Frage. Den schaumburg-lippischen Bergleuten wurde außerdem noch empfohlen, sich auch an den Fürsten zu wenden. — Sollten sich die Verhandlungen wider Erwarten zerschlagen, so empfahl die Konferenz, den Streik mit verschärften Mitteln durchzusetzen. Interessant war die Versammlung in Egestorf, zu der mehr als 1000 Bergleute erschienen waren. Dort trat der Pastor Krone aus Barsinghausen in der Debatte auf und riet den Bergleuten eindringlich, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er glaube nach einer Unterredung mit dem Bergrat Schöffer aussprechen zu müssen, daß der Streik keine Aussicht auf Erfolg habe. Der Bergrat habe ihm gesagt, daß die Forderungen nicht bewilligt werden könnten, weil die Verwaltung gezwungen sei, einen Überschuß von 7 Proz. herauszuwirtschaften. Das fordere nicht die Regierung, sondern der preußische Landtag. Der Bergrat habe kein persönliches Interesse an der Sache. Auf die Frage, was denn werden solle, wenn der Streik mehrere Wochen dauere, habe der Bergrat geantwortet, dann müsse das Werk eingehen! Trotzdem der Pastor mit allen Mitteln der Überredung versuchte, die Bergleute zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, er verhieß, daß die Verwaltung dann freiwillig großes Entgegenkommen zeigen werde, stimmte die Versammlung, wie alle anderen, einmütig der Resolution zu. Die Bergleute sind eben der Meinung, daß, wenn die Verwaltung später freiwillig Zugeständnisse machen kann, sie es auch jetzt schon machen könnte. Interessant ist jedenfalls die Aussage des Bergrats, der lieber ein staatliches Bergwerk ersaufen lassen will, als den Arbeitern auskömmliche Löhne zu zahlen. Es ist auch unrichtig, daß der Landtag einen siebenprozentigen Überschuß verlangt hat. Diese Forderung ist nirgends hervorgetreten. Man sieht aber, mit welchen Mitteln der Herrenstandpunkt bemäntelt werden soll. Es ist ja auch bekannt geworden, daß der Bergrat Schlößer sich ausgelassen habe, entweder er oder der Verband bleibe auf der Strecke. So wird, um den Arbeitern einen gerechten Lohn vorzuenthalten, um den Herrenstandpunkt zu wahren, ein Staatswerk, in dem viele Millionen investiert sind, und das erst vor einigen Jahren durch Zukauf eines privaten Betriebes vergrößert worden ist, einfach leichten Herzens zugrunde gerichtet.

Nach dem Kampf im Ruhrgebiet. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte am letzten Sonntag für das Ruhrgebiet vier kombinierte Bezirkskonferenzen einberufen. Die Konferenzen waren zusammen von zirka 1000 Verbandsfunktionären besucht. Der Zweck der Konferenzen war, nach Abschluß des Kampfes eine Aussprache herbeizuführen und die Unterstützungsfrage sowie sonstige mit dem Kampf in Verbindung stehende Fragen zu erörtern und Richtlinien für die zukünftige Agitation festzulegen. In einem kurzen Referat wurde noch einmal der Verlauf des Bergarbeiterstreiks zusammengefaßt und als nächste Aufgaben für den Verband bezeichnet, daß durch eine planmäßige Agitation der verräterischen Haltung der christlichen Gewerkvereinsleitung sowie der arbeiterfeindlichen Presse entgegentreten werden müsse. Auf diese Art und Weise müsse es gelingen, den Verband weiter zu festigen und ihm neue Kämpfer zuzuführen. Ferner soll in den Mitgliederversammlungen durch Halten von Vorträgen zur Schulung und Erziehung der Mitglieder beigetragen werden. Die sich an die Referate anschließende Diskussion zeigte in allen Konferenzen ein höchst erfreuliches Bild innerer Festigkeit und Geschlossenheit. Überall kam zum Ausdruck, daß es zu begrüßen sei, daß der Verband den Kampf gewagt habe. Es habe sich jetzt gezeigt, wo die wahren Arbeiterzersplitterer säßen. Aus allen Zahlstellen wurde berichtet, daß die Mitglieder die durch den Kampf geschaffene Situation zu würdigen wissen. Durch geschlossenes Eintreten aller Funktionäre würde es möglich sein, der wüsten und niederträchtigen Agitation der „Christlichen" und der Zentrumspresse entgegenzuwirken. Aus allen Bezirken des Ruhrreviers wurde gemeldet, daß nach dem Streikabbruch zahlreiche Mitglieder des „christlichen" Gewerkvereins ihren Übertritt zum Verband erklärten. Von Mutlosigkeit könne unter den Verbandsmitgliedern keine Rede sein. — Im ferneren Verlauf der Konferenzen wurde die Unterstützungsfrage erledigt und werden die näheren Bekanntmachungen in den einzelnen Zahlstellen erfolgen. Die in dieser Frage gefaßten Beschlüsse des Verbandsvorstandes wurden allseitig gutgeheißen. Schließlich wurde noch vereinbart, daß am Sonntag, dem 31. März, im ganzen Ruhrrevier große Versammlungen stattfinden sollen, um der Öffentlichkeit noch einmal das wahre verräterische Verhalten der Arbeiterzersplitterer vor Augen zu führen. Der Verlauf dieser Konferenzen beweist, daß die Hoffnung der Arbeiterfeinde, der Bergarbeiterverband würde aus dieser Bewegung geschwächt hervorgehen, nicht in Erfüllung geht. Die Drachensaat der „christlichen Arbeiterführer" wird aufgehen, sie werden aber wenig Freude daran erleben. Für die Bergarbeiter gibt es nur eine Parole und die lautet: Hinein in den Verband und heraus mit der arbeiterfeindlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen!

Der Bergarbeiterverband und die Streikjustiz im Ruhrrevier. Der Bergarbeiterverband hat telegraphisch an den preußischen Justizminister eine Beschwerde gerichtet, um die eigenartige Praxis, die im Ruhrrevier gegen angeschuldigte Streikfünder zur Anwendung gelangt, zu beseitigen. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Der unterzeichnete Verband legt Beschwerde ein gegen das Verfahren der hiesigen Staatsanwaltschaft bei der Behandlung der Strafsachen, die aus Anlaß des Streiks anhängig gemacht sind. Angeklagte, die geringfügiger Delikte beschuldigt sind, werden wegen angeblicher Kollusionsgefahr und Fluchtverdachts verhaftet. Nach zwei, drei Tagen erhalten sie die Anklageschrift mit einer Erklärungsfrist von 24 Stunden und einer gedruckten Aufforderung, auf diese und die achttägige Ladungsfrist zu verzichten. Die Angeklagten, denen die Tragweite des Verzichts natürlich nicht bekannt ist, geben durchweg diese Erklärung ab, worauf Termin zur Hauptverhandlung auf den nächsten oder übernächsten Tag angesetzt wird. Es wird hierdurch den Angeklagten unmöglich gemacht, sich sachdienlich zu verteidigen. Sie haben weder Zeit, ihren Angehörigen Nachricht zu geben, damit diese einen Verteidiger wählen, noch können sie selbst in der oft nur 12stündigen Frist zwischen Ladung und Termin irgendwelche zu ihrer Entlastung und Verteidigung dienenden Maßregeln ergreifen. Es ist vorgekommen, daß Angeklagte telegraphisch ihren Frauen den Termin mitteilen mußten, damit diese noch eine halbe Stunde vor der Verhandlung Schritte zur Verteidigung tun konnten. — Ebenso wie hier in Bochum, verfährt die Staatsanwaltschaft in Dortmund, Essen und Duisburg. Wir bitten Ew. Exzellenz, die Staatsanwaltschaft sofort anzuweisen, von diesem Verfahren Abstand zu nehmen, das sich vielleicht im Rahmen des Gesetzes bewegt, aber dem Zweck des Gesetzes sicher nicht entspricht."

Das liberale Vereinsgesetz gegen die Gewerkschaften. In Bromberg hat es die Polizei jetzt besonders auf die Gewerkschaften abgesehen, um sie zu politischen Vereinen zu stempeln. Zunächst versuchte es ein unterer Polizeibeamter mit der Bespitzelung der Gewerkschaften. Da dies aber gleich bemerkt wurde, und auch bei der Observierung nichts herauskam, so verlegt sie jetzt ihre Tätigkeit darauf, den Gewerkschaften einfach zu unterstellen, daß sie sich mit Politik beschäftigen. Auf Grund dieser Unterstellung haben sämtliche Gewerkschaftsvorstände, soweit die Polizeibehörde solche überhaupt zu ermitteln in der Lage war, die Aufforderung erhalten, binnen 14 Tagen die Statuten und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Diesem Verlangen haben aber die Vorstände nicht entsprochen, und so folgen nun die üblichen Strafbefehle wegen der Unterlassung. Wo diese Aktion hinauslaufen soll, ist vorläufig noch ein Rätsel. Da die Vorstände nicht gewillt sind, die Strafe ohne weiteres zu zahlen, und in allen Fällen die gerichtliche Entscheidung herbeiführen wollen, so wird wohl die Verhandlung selbst die nötige Klarheit bringen. In Rothenburg a. d. Obra hatte man das gleiche von den dortigen Maurern verlangt. Auf Grund der Weigerung folgte die übliche Polizeistrafe. Das Schöffengericht Wollstein hat nun die Vorstandsmitglieder tatsächlich zu je 5 Mk. Geldstrafe verurteilt. Trotzdem vom Gericht im Statut nichts gefunden werden konnte, wonach eine politische Tätigkeit der Gewerkschaften hätte deduziert werden können, genügte es, daß vom Bürgermeister als Zeugen bekundet wurde, wo die Gewerkschaften tagen, in dem Lokal seien auch schon Volksversammlungen abgehalten worden, und daß auch ein Maurer die Sozialdemokratie hat hochleben lassen am Schluß einer Volksversammlung. Nette Aussichten für die Auslegung des liberalen Vereinsgesetzes.

Die Bergarbeiterbewegung in Böhmen. Aus einer eingehenden Darstellung des Verlaufs der Bewegung der Braunkohlenbergarbeiter in Nordwestböhmen durch die Union der Bergarbeiter Österreichs ergibt sich zunächst die unheilvolle Zersplitterung dieser Arbeiterschaft. Nur in dem isolierten Revier von Falkenau-Elbogen umfaßt die Union die größten Teil der Arbeiter, obgleich auch dort ein Teil dem „freisozialistischen" Wirrkopf, Stänkerer und Unternehmerfreund Simon Starck, zum Teil aus alter Anhänglichkeit in besserer Zeit, folgt. Dagegen ist die Union im Gebiet von Teplitz-Brüx-Dux durch den tschechischen Separatismus und durch die terroristische Aufzüchtung der deutschnational-gelben „Organisation" durch die Unternehmer, sowie durch tschechisch-nationalistisch-„anarchistische" Treibereien bedeutend geschwächt worden. Die Arbeiterzersplitterung gibt also der im Ruhrrevier nichts nach, wenn auch eine christliche Organisation kaum vorhanden ist. Indessen haben alle Gruppen den Willen, diesmal gemeinsam zu operieren. Freilich kommt es darauf wenig an, da durch die von allen Seiten betriebene Hetze gegen die Gewerkschaft die Disziplin und Kollegialität unter den Arbeitern sehr gelitten hat. Als daher am 17. d. M. die Unternehmer alle Forderungen ablehnten, kam es — gegen den Willen der Vorstände und ehe noch das staatliche Revier-Bergamt seine Vermittelungsaktion, zu der es sich sofort bereit erklärt hatte, begonnen hatte — zu zahlreichen wilden Streiks. Dies ist namentlich auf den Zechen des Gebiets von Bruch geschehen, wo von jeher eine stark anarchistisch gesinnte Arbeitermasse lebt. (Was übrigens bezeichnenderweise den Sieg der Zechenkandidaten bei den Parlamentswahlen nicht hindert!) Der 28. März wird auch für die verbandstreuen Arbeiter der Entscheidungstag sein. Im Kladnoer Steinkohlenrevier, sowie in dem mährisch-schlesischen Becken von Ostrau-Karwin sind ebenfalls Forderungen überreicht. Die Regierung hat überall Gendarmen konzentriert, nach Ostrau auch bereits Militär entsendet.

Das Ende des französischen Bergarbeiterausstandes. Wie vorauszusehen war, hat der Bergarbeiterausstand in Anzin am Montag sein Ende erreicht. Die Wiederaufnahme der Arbeit in diesem Becken war auch für die Streikenden in Aniche ein Anlaß, wieder in die Gruben einzufahren. Nur widerstrebend, mit schwerem Herzen haben die Grubensklaven sich dem Gebot der Disziplin gefügt. Daß überhaupt der Ausstand ausbrach, lag an der falschen Beurteilung der Sachlage. Man glaubte, daß endlich eine günstige Gelegenheit gekommen sei, sich gegen die andauernden Lohnkürzungen zu wehren, durch die die Erbitterung in der Arbeiterschaft aufs höchste gesteigert worden war. So kam es denn, daß man sich über die Beschlüsse von Angers hinwegsetzte und den Disziplinbruch beging. Es war unter diesen Umständen wahrlich nicht leicht, die Bergarbeiter zu der Einsicht zu bringen, daß auch für sie die Mehrheitsbeschlüsse gelten und daß somit der gemeinsame Kampf auf eine günstigere Gelegenheit verschoben werden muß.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung. Das englische Unterhaus hat die dritte Lesung der Mindestlohnbill begonnen, es scheint aber, als sollten die Verwirrungen nicht ihrem Ende entgegengehen, sondern eher noch größer werden. Die Grubenbesitzer haben sich geweigert, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Die Verhandlungen, die die Minister mit den Grubenbesitzern abhielten, verliefen denn auch ergebnislos. Die Waliser Grubenbesitzer verließen vielmehr noch vor dem eigentlichen Schluß die Sitzung. Die darauf folgende Besprechung der Minister mit den Arbeitervertretern konnte demgemäß auch zu keinem Resultate führen. Einige Einigung unter den Ministern über die strittige Aufnahme der Mindestlohnsätze von 5 und 2 Schilling in die Bill ist auch nicht erzielt worden. In der Unterhaus-Verhandlung wurde schließlich der Antrag der Arbeiterpartei, diese Mindestlohnsätze in die Bill einzufügen, mit 326 gegen 68 Stimmen abgelehnt. Die Arbeiterpartei will nunmehr gegen die ganze Bill stimmen. Das Gesetzgebungswerk wird in dieser Fassung nun nicht den Zweck erfüllen, den es haben sollte: den Frieden im Kohlenbergbau zu bringen. Was weiter werden wird, ist jetzt noch garnicht abzusehen.

Aus Nah und Fern.

Dammbruch auf der Berliner Untergrundbahn. In der Nacht zum Mittwoch um 4¼ Uhr brach in einer Baugrube der Berliner Untergrundbahn in der Mitte der Spree zwischen der Stralauer- und Wallstraße die Stirnwand des Fangdammes und große Wassermassen ergossen sich in die 10 Meter tiefe Baugrube, wo 80 Mann mit Betonierungsarbeiten beschäftigt waren. Der fertiggestellte Bau in der Spree sowie die Baugrube in der Spree in der Stralauer- und der Klosterstraße bis zur Kunstschule sind völlig unter Wasser gesetzt worden. Die Arbeiter und zwei Pferde wurden rechtzeitig gerettet. Die Polizei und die Feuerwehr haben wegen der Einsturzgefahr die Brücke über den Tunneln Stralauer- und Klosterstraße für den Verkehr gesperrt. Das Wasser drang dann in den Bahnhof Spittelmarkt ein. Man befürchtet, daß es weiter bis zum Bahnhof Leipziger Platz vordringt. Der Verkehr zwischen beiden Bahnhöfen ist vollkommen eingestellt worden. Der Schaden ist sehr erheblich. Man fängt jetzt durch Zwischenschächte das Wasser ab, damit es nicht einen größeren Schaden anrichtet. Nachdem das Wasser in der Baugrube bis zum Spreeniveau gestiegen war, wurde die Brückensperrung wieder aufgehoben. Über die Ursache des Wasserdurchbruchs ist Bestimmtes bisher nicht angegeben worden, doch scheint die starke Strömung des Spreewassers den Bruch der Spundwand herbeigeführt zu haben. — Nach einer amtlichen Mitteilung soll die Ursache des Wasserdurchbruchs darin zu suchen sein, daß durch Unterspülung des Fangdammes Wasser in die Baugrube eintrat und die schon ausgeführte Tunnelhälfte dadurch eine Undichtigkeit erhielt. — Ein in der Baugrube zur Zeit des Wasserdurchbruchs tätig gewesener Arbeiter schildert im „Berliner Lokalanzeiger" die Katastrophe folgendermaßen: Wir waren in 4 Kolonnen zu 20 Mann um 12 Uhr nachts angetreten. Einige Minuten nach 4 Uhr hörte unsere Kolonne plötzlich ein merkwürdiges Rauschen des Wassers. Zu unserem namenlosen Entsetzen sahen wir, daß der Fangdamm undicht geworden war und ein dicker Wasserstrahl in die Baugrube hineinschoß. Wir waren anfangs durch den Schrecken erstarrt, so daß wir keinen Laut hervorbringen konnten. Dann aber kehrte die Geistesgegenwart zurück und mit den Rufen: Rettet Euch, das Wasser dringt ein, der Damm ist gebrochen! alarmierten wir, bereits fliehend, unsere noch ruhig arbeitenden Kameraden. Sofort begann ein wildes Flüchten über die ausgelegten Gerüste und Leitern. Es war auch die höchste Zeit, denn die Bruchstelle des Dammes erweiterte sich immer mehr und in nicht mehr als 2 Minuten war die Baugrube bis zum Rande gefüllt. Die Todesangst hatte uns übermächtige Kräfte verliehen und wie durch ein Wunder waren wir alle dem sicheren Tode entgangen. — Die Durchbruchstelle am Spree-Tunnel der Untergrundbahn bildet am Abend bei trübem Laternenlicht ein noch traurigeres Bild der Verwüstung als am Tage. Die Hoffnung, daß man mit den Ausschöpfungs- und Aufräumungsarbeiten schnell fertig würde, um morgen den Betrieb wieder aufnehmen zu können, hat sich als trügerisch erwiesen. Man versucht zwar durch Balken und Zementsäcke das Wasser vom Bahnhof Spittelmarkt abzudämmen, doch ist der Erfolg sehr gering. Die Wassermassen sind von gestern mittag bis zum Abend noch um 70 Zentimeter gestiegen, sodaß sie jetzt nicht nur die Gleise, sondern auch die Bahnsteige überfluten. Während der Nacht will man sechs Kreiselpumpen aufstellen, von denen jede in der Sekunde 130 Liter Wasser aufzusaugen vermag. Um aber bis morgen abend die gesamte Wassermenge auf der Strecke Spittelmarkt-Leipziger Platz entfernen zu können, müßte man 15 solcher Pumpen in Betrieb setzen, die, wenn sie in der Sekunde 2000 Liter aufsaugen, bis morgen abend die Wassermengen bewältigen könnten. In der Praxis wird aber die Arbeitsleistung zum Teil wieder zerstört, weil die Spree fortgesetzt neue Attacken auf die Notschutzwände ausübt. Zu allem Unglück trat abends noch Kurzschluß in der elektrischen Leitung ein, sodaß man, falls der Strom nicht wieder angestellt werden kann, die Pumpen durch Lokomobilen treiben muß. Das Straßenbild ist naturgemäß an allen Bahnstationen lebhaft. Die Aufnahme des Betriebes wird sicher nicht vor einigen Tagen erfolgen können. Wann der Spreetunnel sein früheres Aussehen zeigen wird, ist noch garnicht abzusehen.

Die Grubenkatastrophe in Bluefields. Die Nachricht von einem neuen furchtbaren Grubenunglück in den nordamerikanischen Kohlengruben, worüber wir gestern bereits kurz berichteten, wird leider in vollem Umfange bestätigt. Von den eingeschlossenen 100 Bergleuten sind durch die Explosion 82 getötet worden. Bisher sind vier Leichen gefunden und zehn Bergleute lebend geborgen worden. Für die Rettung weiterer Opfer besteht wenig Hoffnung.

Der kranke Eulenburg. Es darf als sicher angenommen werden, das Fürst Eulenburg nie wieder verhandlungsfähig werden wird. Die „Tägliche Rundschau" erfährt dazu von unterrichteter Stelle: „Bisher lauten die ärztlichen Aussprüche dahin, daß der Fürst verhandlungsunfähig ist, d. h., daß sein körperlicher Zustand einer längeren Gerichtsverhandlung nicht gewachsen ist. Solange die Gutachten derart lauten, kann natürlich an eine Neuauflage des Eulenburg-Prozesses nicht gedacht werden. Geheimrat Krauß hat in einem seiner Gutachten die Vermutung ausgesprochen, daß der Fürst noch mehrere Jahre alt werden kann, ohne daß man in die Lage kommen wird, gegen ihn zu verhandeln." — Fürst Eulenburg wird also unbehelligt auf seinem Herrensitz seine Tage beschließen können.

Vom konservativen Familiensinn. In der „Potsdam. Ztg.", einer der vielen bürgerlichen Blätter, die ihren Annoncenteil für den öffentlichen Heiratsmarkt jederzeit zur Verfügung stellen, fand sich vor einigen Tagen unter anderem folgendes Inserat:

„Für eine mir sehr bekannte, schwer reiche junge Dame suche ich einen aktiven Offizier, gleich welcher Gattung, zwecks Heirat, nicht allzusehr verschuldet.

Große Barmitgift sofort bei Hochzeit, später mehr.

Sicherlich wird doch in den Heiratsvertrag eine Klausel aufgenommen, wonach das Geschäft rückgängig gemacht werden kann, wenn die „Aktivität" des Offiziers ein Ende findet!

Raubmord. Im Dorfe Stedten bei Halle wurde die 60jährige Witwe Schumann in einer Blutlache tot aufgefunden. Sie war durch Messerstiche in Brust und Kopf ermordet worden. Ihr [illegible]jähriges Enkelkind fand man eingeklemmt in einen Kommodenkasten sterbend auf. Das kleine Wesen war durch Messerstiche am Hals schrecklich zugerichtet. Alle Behälter und Laden in der Wohnung waren durchwühlt. Aus einer Kassette wurden 300 Mk. und einige Schmucksachen geraubt. Als Mörder kommt ein entfernter Verwandter der Witwe Rabenalt aus Oberfarnstedt bei Querfurt in Betracht, der Tags zuvor die Witwe besucht hat. Er soll in der Richtung nach Halle entflohen sein.

Ein Zyklon hat in Buenos Aires bedeutenden Schaden angerichtet. Acht Personen kamen dabei ums Leben, dreißig wurden verletzt. Auch im Distrikt Junin wütete der Zyklon; dort fanden 10 Personen den Tod, 20 Personen wurden verletzt.

Die notleidende Landwirtschaft. Ein Schulbeispiel für das rapide Steigen der Bodenpreise bietet nach den „Pos. Neuesten Nachr." der Verkauf des 100 Morgen großen Gutes Kuznica-bohr. Das Gut ist für 292600 Mark in den Besitz der „Bank parcelacyjny" in Posen übergegangen. Vor neun Jahren hat das Gut nur 120000 M. gekostet. Es ist also seitdem um mehr als 150 Prozent im Preise gestiegen!

Recht ungemütlich ging es vorgestern abend in Rockland im Staate Illinois (Vereinigte Staaten) zu. Eine aus Gegnern des Bürgermeisters bestehende Volksmenge griff das Hauptquartier der Polizei mit Steinen an. Auf Befehl des Bürgermeisters ging die Polizei scharf vor und gab eine Salve ab; drei Personen wurden getötet und 9 verwundet. Später versuchte der Mob, in eine Eisenhandlung einzudringen, um sich Waffen zu verschaffen, wurde jedoch von der Polizei gehindert. Militär wurde nach dem Schauplatz abkommandiert.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Dienstag nachmittag entschlief sanft nach schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Marie Gäde, geb. Koß,

im 51. Lebensjahre.

Aufs tiefste betrauert von den Ihrigen.

Christoph Gäde und Kinder.

Moorgarten, den 27. März 1912.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 30. März, 3 Uhr, in Genin statt.

Für die uns zu unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen innigsten Dank.

Otto Evers u. Frau.

Kl.-Mühlen.

Ein freundliches möbl. **Zimmer** zu vermieten
Ludwigstraße 30, I.

Ältere alleinstehende Frau sucht ein heizbares **Zimmer.**
Off. u. **T S 12** an die Exped.

Gesucht ein jüngerer
Hausdiener.
Fleischhauerstraße 13.

Ges. ein ordentl. Bursche, der Ostern die Schule verläßt, in Kost u. Logis. Zu melden Sonntag vormittag. **J. Meier,** Arnimstraße 12a, Fahrradhandlung.

Pfleger
gesucht für die hiesige **Idiotenanstalt.** Meldung daselbst Klosterstraße 10.

Gesucht ein tüchtiger
Annoncen-Akquisiteur.
Angebote unter **L V 10** an die Expedition dieses Blattes.

Gesucht junge Mädchen zur Erlernung der Damenschneiderei.
Elswigstraße 10.

Frauen gesucht
August Schumacher
Ernestinenstraße 3.

Zu kaufen gesucht eine guterhalt. **Scheidenschiebkarre.** Angebote mit Preis unter **B D** an die Expedition dieses Blattes.

Meine Frau Matilde,

ich und meine Kinder, wir alle kaufen unsere Garderoben nur im **Kaufhaus S. Ittmann, Breite Straße 33, I.** Abgesehen davon, dass wir bei der grossen Auswahl billig und kulant bedient werden, haben wir den Vorteil, dass wir das Gekaufte in wöchentlichen oder monatlichen Raten zahlen können. Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Konfirmations- u. Oster-Karten
empfiehlt in großer und reichhaltigster Auswahl von den billigsten bis zu den feinsten
Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Kottwitzstraße 8.
Elswigstraße 9a.
Glandorpstraße 1.
Kronsforder Allee 105a.
Schwartau, Eutinerstraße.
Eutin, Stollbergstraße.
Moisling.
Vorwerk.
Schlutup, Bremerstr. 15/17.
Schönberg i. M., Siemzerstr.
Malente-Gremsmühlen, Rosenstraße.

Zu kaufen gesucht
alte Bretter.
Karl Giebel, Engelswisch 29, I.

Ein Zylinder, Gr. 56, Harmonika, Gesellenkoffer, Firmenschild, Schleifstein billig zu verkaufen.
Schwartauer Allee 17a.

Ein zweitüriger nußbaum fourn. **Kleiderschrank** billig zu verkaufen.
Pelzerstraße 23a, I.

Pflanzbohnen zu verkaufen.
Ludwigstr. 69, part. rechts.

Ein Sitz- und Liegewagen
vernickelt, mit Gummiräder zu verkaufen. Fünfhausen 13, I.

200 Pfund Rosenkartoffeln
zum Pflanzen zu verkaufen.
Schwartauer Allee 170.

Billige blühende
Topf-Pflanzen
zur Konfirmation
empfiehlt
Wilhelm Vollert,
Kronsforder Allee 42 und Wakenitzstraße 24.

Kartoffelland
wird vermessen, am Donnerstag, d. 28. März und Sonnabend, den 30. März, von 5 Uhr abends an, auf der Koppel hinter Hartwigs Baumschulen, Eingang Triftstr. □-Rute 60 Pfg. **Gebrüder Reshöft.**

Empfehlungskarten
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Silb. Herren- u. Damen-Uhren
preiswert. Aufarbeiten von
Uhren und Schmucksachen.
Aug. Büttner, Uhrmacher
32 Hüxstraße 32.
Getrag. silb. Rem.-Uhren v. 6—7 M.
Uhrgläser, I. Qualität . . . 25 ₰
Uhrkapseln . . . . . 35 ₰

Zur Konfirmation
empfehle mein wohlgepflegtes Lager in
Weinen und Spirituosen.
W. Rahfoth
Weingroßhandlung
Untertrave 113.

D. R. P. ohne Lötfuge
Heinr. Schultz,
Uhrm. u. Goldarb., ob. Johannisstr. 20.

Kartoffeln
gelbk. Magnum bonum
per Zentner 4.75 Mk.
sowie sämtl. Fettwaren, Delikatessen u. Marinaden
empfiehlt
Gustav Kähler
Karpfenstraße 26.
NB. **Für Wirte Försters Halberstädter Würstchen.**

Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet.
Schwartauer Allee 225.

J. Mußfeldt
Arnimstraße 2b
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel sowie
Konfirmandenstiefel
in einfachen und besseren Qualitäten zu billigsten Preisen.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Freitag, 29. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Anträge zum Verbandstag.
3. Kartellbericht und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Stadtbekannt
ist es bereits, daß man sich in KALNBERGs
UNIVERSUM
köstlich amüsiert!
Beginn 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
Entree 20 Pfg.